

2011 – 2013



GESCHÄFTSBERICHT



www.fdp.de

Wir wollen die FDP gemeinsam mit Ihnen weiter nach vorne bringen



Liebe Freunde der Freiheit,

die Wahlperiode eines Bundesvorstandes endet. Für uns als Bundesgeschäftsstelle ist das der Zeitpunkt, auf die vergangenen zwei Jahre zurückzublicken und Ihnen über die vielfältigen Aktionen und Dienstleistungen zu berichten, die wir für Sie, die wir für unsere FDP erbringen durften.

Es waren keine gewöhnlichen Jahre. Nach einer zweijährigen Debatte mit Mitgliedern und Interessierten hat sich die FDP mit den Karlsruher Freiheitsthesen ein modernes und richtungweisendes neues Grundsatzprogramm gegeben.

Den nächsten Programmprozess haben wir bereits angestoßen und diskutieren unser Wahlprogramm für die Bundestagswahl am 22. September 2013 – in guter Tradition – erneut mit der Öffentlichkeit. Zusammen mit der AG Parteientwicklung und externen Experten haben wir dafür eine neue Plattform zur Programmdiskussion entwickelt und Vorschläge für neue Formen der Mitgliederbeteiligung erarbeitet.

Die FDP führte den dritten Mitgliederentscheid ihrer Geschichte durch. Und ob zentraler Rednereinsatz, Informationen zu den Anträgen oder unser Live-Chat im Internet: Die Bundesgeschäftsstelle unterstützte die Gliederungen und Mitglieder nach Kräften.

Wir haben Themen – wie Wachstum und Energie – auf die politische Agenda gehoben und für die FDP besetzt. Diese haben wir mit Kampagnen, Aktionen und in den sozialen Netzwerken begleitet.

Die Struktur des Thomas-Dehler-Hauses passen wir den Anforderungen des Bundestagswahlkampfes an und rich-

ten die Bundesgeschäftsstelle in Teilen neu aus. Hierbei wollen wir die Grundversorgung der Partei sicherstellen, effizient arbeiten und flexibel reagieren können.

Wir wollen unseren Spitzenpolitikern und Ihnen für Ihre Arbeit vor Ort Rückenwind geben. Wir wollen Veranstaltungen realisieren, die den Besuchern etwas mitgeben. Wir wollen Kampagnen gestalten, die modular aufgebaut sind und dadurch auf allen Ebenen unserer FDP Wirksamkeit entfalten können.

Wir, das sind etwa 40 liberale Überzeugungstäter, die – unterstützt von einem hervorragend funktionierenden Dienstleistungsumfeld – gemeinsam mit Ihnen unsere FDP weiter nach vorne bringen wollen.

Wir, das ist in den vergangenen beiden Jahren vor allem aber auch Gabriele Renatus als Bundesgeschäftsführerin gewesen. Gabi ist schwer erkrankt. Wir sind ihr alle für ihren langjährigen großen Einsatz dankbar und wünschen ihr gute Genesung.

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen eine Vielzahl unserer Aktivitäten genauer vor. Wir tun dies mit großer Freude. Denn: Wir sind stolz auf das, was wir erreicht haben. Seien Sie es auch.

Ihr



Jörg Paschedag
Bundesgeschäftsführer der FDP

INHALTSVERZEICHNIS

I. Tätigkeit der Bundespartei	6
1. Bundesparteitage	6
2. Präsidium und Bundesvorstand	6
3. Bundessatzungsausschuss	7
4. Wahlprüfungsausschuss	8
5. Bundesschiedsgericht	8
6. Haushalts- und Finanzkommission	9
7. Veranstaltungen	9
8. Sitzungen der Hauptgeschäftsführer	10
9. Kampagnen und Internet	10
10. Internationale Liberale Organisationen	12
11. FDP-Landesverband LV Net	15
12. FDP-Bürgerfonds	16
13. Wahlkämpfe	17
14. Mentoring-Programm	17
15. Liberaler Parteiservice (LiPS)	18
II. Programmarbeit	19
1. Bundesfachausschuss Internationale Politik	19
2. Bundesfachausschuss Wirtschaft und Arbeit	20
3. Bundesfachausschuss Finanzen und Steuern	20
4. Bundesfachausschuss Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz	21
5. Bundesfachausschuss Soziales	22
6. Bundesfachausschuss Gesundheitspolitik	23
7. Bundesfachausschuss Innen und Recht	24
8. Bundesfachausschuss Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	25
9. Bundesfachausschuss Umwelt und Raumordnung	26
10. Bundesfachausschuss Stadtentwicklung und Wohnungswesen	26
11. Bundesfachausschuss Kultur	27
12. Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	28

13. Bundesfachausschuss Verkehrspolitik	29
14. Kommission Internet und Medien	30
15. Sportkommission	31
16. Kommission Freiheit und Ethik	32
17. Programmkommission zur Bundestagswahl 2013	32
18. Arbeitsgruppe Datenschutz	33
19. Arbeitsgruppe zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes	33
20. Arbeitsgruppe Parteientwicklung	34
III. Liberales Vorfeld	35
1. Bundesverband Junge Liberale	35
2. Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker	36
3. Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand	37
4. Bundesvereinigung Liberale Frauen	38
5. Bundesverband Liberale Senioren	38
6. Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen	39
IV. Bundesgeschäftsstelle	40
1. Stabsstelle Politische Planung, Programm und Analyse	40
2. Abteilung Dialog und Kampagnen	41
3. Abteilung Organisation und Finanzen	42
4. Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	43
V. Statistik	44
1. Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum	44
2. Wahlergebnisse im Berichtszeitraum	44
3. Mandatsträger der FDP	45
4. Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle	46

I. TÄTIGKEIT DER BUNDESPARTEI

1. Bundesparteitage

Im Berichtszeitraum fanden zwei Ordentliche Bundesparteitage und ein außerordentlicher Bundesparteitag statt.

13. bis 15. Mai 2011

62. Ordentlicher Bundesparteitag in Rostock

Auf dem 62. Ordentlichen Bundesparteitag wählten die Delegierten Philipp Rösler zum neuen Bundesvorsitzenden. Er folgte auf Guido Westerwelle. Mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Birgit Homburger und Holger Zastrow wurden drei neue Stellvertreter gewählt. Die Delegierten beschlossenen Leitansätze zu Europa und Energie sowie zur Steuergerechtigkeit.

12./13. November 2011

Außerordentlicher Bundesparteitag in Frankfurt am Main

Die Delegierten des Parteitages diskutierten über liberale Europapolitik und Thesen zur liberalen Bildungspolitik. Die Antragsteller zum Mitgliederentscheid „Verantwortung für Europa“ stellten ihre Positionen vor, die anschließend diskutiert wurden.



Auf dem 62. Ordentlichen Bundesparteitag wählten die Delegierten Philipp Rösler zum neuen Bundesvorsitzenden.

21./22. April 2012

63. Ordentlicher Bundesparteitag in Karlsruhe

Auf dem 63. Ordentlichen Bundesparteitag gab sich die Freie Demokratische Partei nach zweijähriger Debatte und dem größten Beteiligungsprozess einer Partei in Deutschland mit den „Karlsruher Freiheitsthesen“ ein neues Grundsatzprogramm. Patrick Döring wurde zum Generalsekretär gewählt – er hatte dieses Amt seit dem Rücktritt Christian Lindners im Dezember 2011 bereits kommissarisch ausgeübt und auch die Arbeiten an den Karlsruher Freiheitsthesen übernommen. Otto Fricke wurde zum neuen Schatzmeister gewählt.

2. Präsidium und Bundesvorstand

Insgesamt trat das Präsidium zu 51 Sitzungen zusammen. Es tagt in der Regel montags im Thomas-Dehler-Haus.

Der Bundesvorstand trat zu 16 Sitzungen, ebenfalls im Regelfall im Thomas-Dehler-Haus, zusammen.

Dem Präsidium gehörten an:

Walter Scheel	Ehrenvorsitzender
Hans-Dietrich Genscher	Ehrenvorsitzender
Philipp Rösler	Bundvorsitzender
Birgit Homburger	stellv. Bundesvorsitzende
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger	stellv. Bundesvorsitzende
Holger Zastrow	stellv. Bundesvorsitzender
Patrick Döring	Bundesschatzmeister bis April 2012
Otto Fricke	Bundesschatzmeister seit April 2012

Rainer Brüderle	Vorsitzender der Bundestagsfraktion
Jörg-Uwe Hahn	Beisitzer
Dirk Niebel	Beisitzer
Elke Hoff	Beisitzerin
Alexander Alvaro	Vertreter der Europafraktion
Christian Lindner	Generalsekretär bis Dezember 2011
Patrick Döring	Generalsekretär seit Dezember 2011
Guido Westerwelle	Bundesminister des Auswärtigen
Daniel Bahr	Bundesminister für Gesundheit
Gabriele Renatus	Bundesgeschäftsführerin bis Januar 2013
Jörg Paschedag	Bundesgeschäftsführer seit Januar 2013
Hermann Otto Solms	Vizepräsident des Deutschen Bundestages
Jörg van Essen	Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
Nicola Beer	F-Länder-Koordinierung
Wolfgang Gerhardt	Vorsitzender der Friedrich- Naumann-Stiftung für die Freiheit

Bundesvorstand:

Christian Ahrendt	bis Januar 2013
Uwe Barth	
Lasse Becker	
Gregor Beyer	
Ernst Burgbacher	
Sylvia Canel	seit Mai 2012
Christian Dürr	
Angela Freimuth	
Thomas Hacker	
Manuel Höferlin	
Werner Hoyer	bis Januar 2012
Michael Kauch	
Heinrich Kolb	
Wolfgang Kubicki	
Michael Link	
Oliver Luksic	
Horst Meierhofer	
Gesine Meißner	
Christoph Meyer	
Oliver Möllenstädt	
Jan Mücke	
Hans-Joachim Otto	
Cornelia Pieper	
Gisela Piltz	
Birgit Reinemund	
Florian Rentsch	
Rolf Salo	bis April 2012
Frank Schäffler	
Mieke Senftleben	
Joachim Stamp	seit Mai 2012



Patrick Döring, Dirk Niebel, Birgit Homburger, Holger Zastrow und Uwe Barth während einer Bundesvorstandssitzung in Berlin.

Katja Suding
Linda Teuteberg
Johannes Vogel
Volker Wissing
Hartfrid Wolff
Martin Zeil

Ständige Gäste:

Rolf Berndt	
Stefan Birkner	seit Oktober 2012
Doris Buchholz	
Wolfram Dette	
Josephine Dietzsch	seit März 2012
Alexander Hahn	seit April 2012
Kathrin Helling	bis März 2012
Hauke Hilz	seit September 2011
Kristina Kämpfer	bis Januar 2012
Thomas L. Kemmerich	seit Dezember 2011
Alexander Graf Lambsdorff	
Ellen Madeker	
Detlev Parr	

3. Bundessatzungsausschuss

Vorsitz: **Thomas Taeglichsbeck**

Zu den Aufgaben des Bundessatzungsausschusses gehört die Beratung des Bundesvorstandes, des Bundesschiedsgerichts, der Vorstände der Landesverbände, der Landesschiedsgerichte oder Landessatzungsausschüsse über Rechtsfragen, wie Bestimmungen der Bundes- oder Landessatzung auszulegen sind oder Regelungen der Landessatzungen mit der Bundessatzung vereinbar sind.

In diesem Zusammenhang hatte der Bundessatzungsausschuss auch über die satzungsgemäße Abwicklung des Mitgliederentscheids beraten. Als Ergebnis hat er dem Bundesvorstand Klarstellungen durch Änderungen der Bundessatzung und der Verfahrensordnung vorgeschlagen.

Weiterhin hatte der Bundessatzungsausschuss u. a. Fragen nach der Übertragung von Stimmrechten bei Delegierten, die Auslegung von Satzungsfristen, die Abführungspflicht von Gebietsverbänden im Verhältnis zu den Delegiertenrechten, der Bedeutung von Nein-Stimmen und Enthaltungen bei innerparteilichen Wahlen und der Zusammensetzung von Vorständen beraten.

Schließlich hat der Bundessatzungsausschuss im Zusammenhang mit Bundesparteitag Stellungnahmen zu Anträgen auf Änderung der Bundessatzung abgegeben und diese im Bundesvorstand und auf den Parteitagen begründet.



Philipp Rösler auf dem 63. Ordentlichen Bundesparteitag in Karlsruhe.

4. Wahlprüfungsausschuss

Vorsitz: **Corinna Werwigk-Hertneck**

Der Wahlprüfungsausschuss prüft gemäß § 12 Absatz 3 der Bundessatzung die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung der Bundesparteitage. Des Weiteren prüft

er jeweils vor deren Beginn die Zahl und Stimmberechtigung aller Delegierten anhand der Protokolle über die Wahlen der Delegierten und der geprüften Unterlagen über die Mitgliederzahlen.

Der Wahlprüfungsausschuss hat diese Prüfung vor dem 62. Ordentlichen Bundesparteitag in Rostock, dem 63. Ordentlichen Bundesparteitag in Karlsruhe und dem außerordentlichen Bundesparteitag in Frankfurt vorgenommen und keine Beanstandungen festgestellt.

Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses waren:

Mitglieder: Wolfgang Bodeit, Bodo Chemnitz, Ernst Eggers, Gregor Beyer

Stellvertretende Mitglieder: Otto Fricke, Roland Eibold, Michael Reichelt, Ulrike Flach, Miriam Gruß

5. Bundesschiedsgericht

Präsident: **Dr. Peter Lindemann**

Zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei oder eines Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung der Satzung sind nach § 14 Abs. 1 Parteiengesetz Schiedsgerichte zu bilden. Das Bundesschiedsgericht ist u. a. zuständig für Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte, die Anfechtung von Wahlen durch Organe der Bundespartei oder Streitigkeiten der Bundespartei mit einzelnen Mitgliedern.

Das Bundesschiedsgericht hatte in dieser Wahlperiode folgende Mitglieder:

Dr. Peter Lindemann (Präsident), Dr. Gerhard Wolf (Stellvertreter), Wolf-Dieter Keller, Dr. Paul Becker und Karin Hannappel als Beisitzer. Als stellvertretende Beisitzer waren gewählt worden: Bernhard Nüsch, Michael Reichelt, Horst Vetter, Helmut Seipel, Dr. Rudolf Brosig, Rolf Hermann Löhr, Dr. Arnold Castringius und Hinrich Budelmann.

Im Berichtszeitraum hatte das Bundesschiedsgericht über fünfzehn Beschwerden zu entscheiden. Zwölf Verfahren konnten bis zum Zeitpunkt der Erstellung



Abstimmung auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe.

des Berichts (Januar 2013) abgeschlossen werden, drei Verfahren sind noch anhängig.

Vier Beschwerdeverfahren kamen aus dem Landesverband Berlin, je zwei Verfahren aus den Landesverbänden Niedersachsen, Hessen und Sachsen-Anhalt, je ein Verfahren aus den Landesverbänden Bayern, Hamburg, Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein.

Gegenstand der Verfahren vor dem Bundesschiedsgericht waren im wesentlichen Parteiordnungsmaßnahmen, der Ausschluss von Parteimitgliedern, eine Anfechtung betreffend den Mitgliederentscheid, die Anfechtung der Ablehnung der Erteilung einer Spendenbescheinigung, Streitigkeiten über Gliederungsgrenzen, die Verlegung eines Parteitages sowie die Anfechtung von innerparteilichen Wahlen und innerparteilicher Kostenerstattung.

Da die vierjährige Amtszeit des Bundesschiedsgerichts am 31. Dezember 2013 endet, müssen nunmehr die Mitglieder des Bundesschiedsgerichts für die Amtszeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2017 gewählt werden.

6. Haushalts- und Finanzkommission

Vorsitzender: **Patrick Döring** (bis April 2012), **Otto Fricke** (ab Mai 2012)

Gemäß § 2 der Finanz- und Beitragsordnung des Bundesverbandes wählt der Bundesvorstand für die Dauer seiner Amtszeit eine Haushalts- und Finanzkommission.

Sie besteht aus mindestens fünf und höchstens elf Mitgliedern. Der Bundesschatzmeister ist Mitglied kraft Amtes und zugleich Vorsitzender dieser Kommission. Mitglieder waren Rainer Brüderle, Patrick Döring, Otto Fricke, Dr. Klaus von Lindeiner, Michael Link, Jan Mücke, Gisela Piltz und Dr. Hermann Otto Solms. Die Haushalts- und Finanzkommission tagte im Berichtszeitraum zweimal. Beratungsgegenstände sind neben dem laufenden Haushalt die Verabschiedung des neuen Haushaltes sowie die mittelfristige Haushalts- und Finanzplanung. Bevor der Haushalt der Bundespartei vom Bundesvorstand beschlossen werden kann, bedarf es der Zustimmung der Haushalts- und Finanzkommission.

7. Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum fanden neben den Bundesparteitagen folgende größere Veranstaltungen der Bundespartei statt:

30. Juni 2011

3. Liberaler Salon in Berlin

September 2011

Grundsatzwerkstätten zur Erarbeitung des Grundsatzzprogramms in Leipzig, München, Hamburg, Stuttgart, Bonn und Hannover

26. September 2011

Empfang anlässlich des 60. Geburtstages von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

8./9. Oktober 2011

XXVII. Bundesdelegiertenversammlung der VLK in Berlin

Oktober 2011

Regionalkonferenzen in Würzburg, Dortmund und Magdeburg

10. Oktober 2011

Empfang anlässlich des 60. Geburtstages von Gabriele Renatus

30. November 2011

Journalistenadvent in Berlin

6. Januar 2012

Dreikönigskundgebung in Stuttgart



Rainer Brüderle, Philipp Rösler, Hans-Dietrich Genscher und Patrick Döring auf dem Journalistenadvent 2011 in Berlin.

18. Januar 2012

Empfang anlässlich des 50. Geburtstages von Dr. Guido Westerwelle

22. Februar 2012

Liberaler Politischer Aschermittwoch in Dingolfing

30. April 2012

Ladies Night im Rahmen des Mentoring-Programms in Berlin

1. Mai 2012

Liberaler 1. Mai und Neumitgliedertreffen in Berlin

10. September 2012

Veranstaltung „30 Jahre Manifest der Marktwirtschaft“ in Berlin

28. September 2012

Bürgerfonds-Fundraising in Berlin

5./6. Oktober 2012

XXVIII. Bundesdelegiertenversammlung der VLK in Baden-Baden mit Festakt „30 Jahre VLK“

27. November 2012

Journalistenadvent in Berlin

6. Januar 2013

Dreikönigskundgebung in Stuttgart

13. Februar 2013

Liberaler Politischer Aschermittwoch in Dingolfing

26. Februar 2013

Empfang anlässlich des 40. Geburtstages von Dr. Philipp Rösler

8. Sitzungen der Hauptgeschäftsführer

Im Berichtszeitraum fanden insgesamt zehn Sitzungen mit den Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführern (HGF) aller Landesverbände sowie zwei unmittelbare Koordinierungsrunden zur Bundestagswahl und eine virtuelle Sitzung statt.

Die von der Bundesgeschäftsführung geleitete Runde setzt sich aus den 16 Landesverbänden, dem Bundesgeschäftsführer der Jungen Liberalen, den Dienstleistern und weiteren Vertretern aus dem liberalen Umfeld zusammen. Aufgabe dieser Runde ist es, die einzelnen Aktivitäten und Maßnahmen der Verbände abzustimmen und zu koordinieren, den Informationsfluss zu befördern und eine weitere Professionalisierung in allen Bereichen zu erreichen.

Wahlen stehen naturgemäß oft im Zentrum der Beratungen. Die HGF-Runde versteht sich hierbei als Einheit, die eine Vielzahl von Erfahrungswerten bündelt, um für jede neue Herausforderung noch bessere Vorschläge machen zu können.

Sehr eng ist die Zusammenarbeit mit dem unmittelbaren Dienstleistungsumfeld der Partei aus den Bereichen EDV, Veranstaltungen, Internet, Produktion und Print. Auch an dieser Stelle können vielfältig Synergien genutzt werden.

Nahezu selbstverständlich bildete die HGF-Runde die erste geschlossene Gruppe im Rahmen der neuen Liberalen Internetplattform „meine freiheit“, was die Zusammenarbeit und den Austausch erleichtert.

9. Kampagnen und Internet

Die FDP hat Wort gehalten und arbeitet als Regierungspartei für ein erfolgreiches Deutschland. Zahlreiche Kernforderungen sind bereits zur Hälfte der Legislaturperiode umgesetzt worden. Zur Begleitung erschien u. a. die Zwischenbilanz-Broschüre „Liberale Erfolge in Verantwortung“ sowie Videostatements mit den liberalen Bundesministern. Auch 2012 zeigen die Zahlen, wie gut Deutschland faktisch nach drei Jahren liberaler Regierungsbeteili-

gung dasteht. Dies veranschaulichte die Broschüre „Wussten Sie schon, dass ...?“, ein Zahlenplakat zum Herunterladen für die Geschäftsstellenschaukästen der Untergliederungen und zahlreiche Grafiken in den sozialen Netzwerken. Und da immer weitere Erfolge hinzukommen, wird auch die Internetseite www.fdp.de/zwischenbilanz fortlaufend aktualisiert.

Liberalen sind nicht zuerst an Stimmungen interessiert, sondern wollen sich einbringen, um aktiv etwas zu bewegen. Viele interessante Menschen sind gerade auch in schwierigen Zeiten in die FDP eingetreten und haben sich zu den Liberalen bekannt. Die Bekenner-Kampagne, in der ausschließlich Mitglieder zu Wort kamen, griff dies im Film „Bekennen Sie Farbe“ auf. Hierfür wurden Neumitglieder besucht und zu ihrer ganz persönlichen Meinung zur FDP befragt. Ein Kampagnenmagazin und eine Internetseite mit den Bekennern und Unterstützern vervollständigten die Kampagne.

Eine breite Debatte in der Partei führte zu einem Mitgliederentscheid zum Europäischen Stabilitätsmechanismus. Auf www.fdp.de/mitgliederentscheid wurde dazu eine umfangreiche Plattform eingerichtet. Neben Informationen zum Verfahren und einer interaktiven Karte zu Veranstaltungsterminen konnten Interessierte dort zahlreiche Flugblätter, Großflächen- und Schaukastenmotive zum Herunterladen finden, daneben Videostatements mit Vertretern beider Anträge in einem „Euro kontrovers“, einen Video-Live-Chat mit Generalsekretär Christian Lindner und den Video-Live-Chat „Euro-Duell“ zwischen Frank Schäffler und Florian Toncar mit mehreren tausend Zuschauern.

Begleitend zum Leitantrag „Für die lernende Gesellschaft“ beim außerordentlichen Bundesparteitag im November 2011 in Frankfurt am Main wurde die Kampagne „Bildung macht's möglich“ aufgelegt. Interessierte konnten sich als Bildungsbotschafter anmelden und neben ausführlichen Informationen zur liberalen Bildungspolitik auch den „Möglichmacher“-Kampagnenanstecker erhalten. Online wurde die Kampagne über zwei Monate lang vom interaktiven Format „Bildung kontrovers“ begleitet. Allein dieses Format erreichte 15.000 Aufrufe, zahlreiche Nutzer diskutierten dabei mit zehn Bildungsexperten aus Politik und Wissenschaft. Online wurde das Thema auf Facebook mit einer Anzeigen-Kampagne und einem Kampagnen-Picbadge begleitet.

Auf der Website www.chancen-fuer-morgen.de wurden eine breite Diskussion und die aktive Mitar-

beit am neuen Grundsatzprogramm ermöglicht und begleitet. Im Rahmen der Grundsatz-Debatte wurde auch die „Freiheitsgalerie“ ins Leben gerufen. In einer Fotobox konnte sich jedermann für die Kampagne ablichten lassen und das entstandene Bild mit der eigenen Vorstellung von Freiheit signieren.

2012 gelang es, den bis dahin in der Öffentlichkeit eher negativ konnotierten Begriff „Wachstum“ wieder positiv zu besetzen. Die Wachstumskampagne der FDP illustrierte die Relevanz und die zahlreichen Facetten des Begriffs. Im Monatsrhythmus wurden neue Großflächenmotive öffentlichkeitswirksam entrollt und von Postkarten, Flugblättern und der Kampagnenseite www.fdp.de/wachstum begleitet. Täglich wurde eine neue „Zahl des Tages“ vorgestellt, die die positiven Effekte von Wachstum belegt. Zum Kampagnenabschluss erschien auf dieser Grundlage die interaktive Seite www.fdp.de/zahldestages, die via Portlet auch auf anderen Homepages eingebunden werden konnte. Das außergewöhnliche „Wachstumslexikon“ als Broschüre und E-Book rundete neben weiteren Kleinwerbemitteln (Aufkleber, Blumensamen, „Wachs'-mal-Stifte“, Bierdeckel) die Kampagne ab.

Mit der Kampagne „Energie neu denken“ wurde der Präsidiumsbeschluss zur Neuordnung des EEG begleitet. Unter dem Dach des Plakatmotivs „Energiegleichung“ werden auf www.fdp.de/energie Flugblätter, eine interaktive Infografik, ein animierter Erklärfilm und verschiedene weitere Bewegtbildinhalte angeboten. In den neuen sozialen Medien wurde die Kampagne u. a. mit der Bilderserie „Starke Gründe für eine Reform des EEG“ begleitet. Zusätzlich wurde den Untergliederungen ein umfangreiches Paket mit ver-



Ein Plakatmotiv der Bilanzkampagne der FDP.

schiedenen Materialien und Aktionsvorschlägen für die Umsetzung vor Ort übersendet.

Zudem entstanden im Berichtszeitraum über 50 Flug- und Faltblätter, viele davon im neuen Format „Fragen und Antworten“ zu aktuellen politischen Themen. Diese sind unter www.fdp.de/argumente sowie im neuen sozialen Netzwerk der Liberalen „meine freiheit“ abrufbar. Mit weiteren Satelliten-Werbemaßnahmen und Mikro-Kampagnen wurden weitere wichtige liberale Themen wie beispielsweise die Abschaffung der Praxisgebühr, die Blockade der SPD zum Abbau der kalten Progression und die Aktion „Freiheit statt Angst“ begleitet.

Zum Januar 2013 wurde das Corporate Design der Bundespartei überarbeitet und das veränderte Logo der FDP veröffentlicht. Neu ist auch das Soundlogo, das insbesondere das Bewegtbildmaterial der Bundespartei kennzeichnet.

Die FDP hat ihre Vorreiterrolle im Onlinebereich weiter ausgebaut. Seit dem Bundesparteitag in Rostock 2011 hat die Bundespartei einen neuen Internetauftritt. Mit der neuen, auf Dialog und Information ausgerichteten Website www.fdp.de wurde der Internet-

auftritt den Bedürfnissen der Benutzer angepasst. Die neue Webseite ist themen- und kampagnenorientierter und hat eine übersichtlichere Struktur mit flachen Hierarchien. Ziel war, mit maximal zwei Mausklicks zu den gewünschten Inhalten navigieren zu können. Über die Website wurden zudem die regelmäßigen Live-Berichterstattungen von Parteitag und Wahlenden ebenso wie die verschiedenen Live-Chats mit der Parteispitze gespielt. Integriert wurde auch eine eigene Bühne für den Bürgerfonds und die Möglichkeit, online zu spenden. Zusätzlich wurden auch im Onlinebereich neue Impulse für die innerparteiliche Information und Diskussion gegeben. Für die Hauptgeschäftsführer, den Bundesvorstand und die Teilnehmer des Mentoring-Programms wurde bis zum Start des neuen liberalen Onlinenetzwerks „meine freiheit“ ein eigenes Intranet eingerichtet.

Die FDP-Bundespartei ist in den sozialen Netzwerken mit Profilen bei Facebook, Flickr, Twitter, Xing und YouTube schon lange vertreten – seit 2011 auch bei Google+. Über die Netzwerke werden aktuelle Nachrichten wie Pressemitteilungen, Zeitungsartikel und Portal Liberal-Artikel, aktuelle Videos, z. B. von Pressekonferenzen oder Parteitagen, aber auch Argumentationshilfen, Flugblätter, Kampagnenmaterial und -motive sowie Mitgliederbriefe des Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs verbreitet.

FREIRAUM
VON BEKENNERN FÜR BEKENNER

„FÜR MICH GILT:
LIBERALISMUS
BRAUCHT HERZ UND
VERSTAND.“
Interview mit Philipp Rösler,
Bundesvorsitzender der FDP

„Sich nicht anpassen zu müssen,
solange man dem Anderen nicht schadet -
das ist Liberalismus.“ Eva-Maria John
Seite 12

Zur Bekenner-Kampagne konnten Neumitglieder in einem Magazin ihre Motiv zum Parteieintritt darlegen.

10. Internationale Liberale Organisationen

10.1. Liberale Internationale

Die 1947 in der traditionsreichen englischen Universitätsstadt Oxford gegründete Liberale Internationale (LI) vereinigt Anfang 2013 unter ihrem Dach 88 Mitgliedsparteien (davon 27 mit Beobachterstatus) in Afrika, Amerika, Asien und Europa, 18 liberaler Politik verpflichtete Think Tanks und kooperative Organisationen wie z. B. die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) sowie mit Martin Lee ein unmittelbares Mitglied, das seit Jahren in Hongkong steten Pressionen und Schikanen durch die Behörden ausgesetzt ist.

In den letzten beiden Jahren fanden zwei Jahreskongresse der LI statt, und das Exekutivkomitee trat zu



FDP-Vertreter beim LI-Kongress in Manila.

insgesamt vier Sitzung zusammen. Während sich der 57. Kongress vom 16. bis 19. Juni 2011 in Manila mit dem Schwerpunktthema „Menschenrechte und Handel“ beschäftigte und die Verbindungen zwischen der Beachtung der Menschenrechte und dem freien (Welt-)Handel herausarbeitete, widmete sich der 58. LI-Kongress vom 17. bis 21. Oktober 2012 in Abidjan einer zentralen entwicklungspolitischen Fragestellung, nämlich inwieweit die Begünstigung privater Investitionen die soziale Verantwortung in der Gesellschaft fördert.

Im Mittelpunkt der Beratungen der Tagung des Exekutivkomitees am 14./15. Oktober 2011 in London stand eine intensive liberale Standortbestimmung zur Doktrin der sog. Schutzverantwortung der Staaten, die unter dem Begriff „Responsibility to Protect“ (R2P) die völkerrechtliche Diskussion nicht nur in den Vereinten Nationen beherrscht. Dabei geht es insbesondere um den Aufbau von effektiven Mechanismen, um die zivile Bevölkerung gegen schwere Menschenrechtsverletzungen und Brüche des humanitären Völkerrechts zu schützen. Zum ersten Jahrestag des „Arabischen Frühlings“ befasste sich das Exekutivkomitee in einer anderthalbtägigen Tagung am 30./31. März 2012 in Barcelona in wiederum hochrangig besetzten Diskussionsforen u. a. mit den globalen Auswirkungen der Umwälzungen in der arabischen Welt, der Rolle der Frauen bei den dortigen gesellschaftlichen Veränderungen sowie mit der aktuellen Situation und den Zukunftsaussichten in Syrien und Ägypten – alles Fragestellungen, die bis heute von größter politischer Aktualität sind. (Einzelheiten über die Kongresse und Sitzungen des Exekutivkomitees

können über www.liberal-international.org abgerufen werden.)

Nach einem Jahrzehnt schied Dr. Wolfgang Gerhardt in Abidjan als Vertreter der FDP aus dem obersten Leitungsgremium der LI, dem Bureau, aus und übergab die Stafette an den früheren Bundestagsabgeordneten und jetzigen Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Markus Löning, der einstimmig als dessen Nachfolger in das LI-Bureau berufen wurde. LI-Präsident Hans van Baalen dankte bei dem „Wachwechsel“ Wolfgang Gerhardt für seine erfolgreiche Arbeit für die liberale Weltfamilie und zeigte sich zuversichtlich, dass dieser als Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung auch weiterhin regen Anteil an den Aktivitäten der LI nimmt.

Um die Schlagkraft der FDP bei der immer mehr an Bedeutung gewinnenden internationalen Zusammenarbeit vor allem in den Organen von LI und ALDE zu erhöhen, hat sich das Präsidium der FDP in Abstimmung mit dem Bundesvorstand dazu entschlossen, einen beim Generalsekretär angesiedelten Koordinationskreis „Internationale Parteiarbeit“ einzusetzen und dessen Leitung Manfred R. Eisenbach zu übertragen, der sich als Delegierter seit mehr als 20 Jahren auf europäischer wie auch internationaler Ebene in den liberalen Organisationen für die Interessen der FDP aktiv einsetzt.

10.2. Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE-Party)

Die europäischen Liberalen ziehen im Frühjahr 2014 unter dem neuem Namen „ALDE-Partei“ in den Europawahlkampf. Fast einstimmig beschloss der 33. Kongress der ELDR vom 8. bis 10. November 2012 in Dublin die Änderung des Parteinamens in Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE). Mit diesem Beschluss beendete der europäische liberale Parteienverbund die in der Vergangenheit häufig zu Irritationen führende unterschiedliche Namensgebung zur liberalen Fraktion im Europäischen Parlament. Allen etwaigen Zweifel(r)n entgegentretend, stellte ALDE-Parteivorsitzender Sir Graham Watson in seinen Reden unmissverständlich klar, dass mit dem Namenswechsel kein Abweichen vom liberalen Markenkern verbunden ist: Die ALDE ist und bleibt in Europa die liberale Partei der Mitte.



Abstimmung bei der Tagung der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa.

Im Mittelpunkt der Zusammenkunft in der irischen Hauptstadt stand der Leitantrag „Energy Transition: A Liberal Perspective“, der die liberalen Forderungen an eine zukunftsgerichtete, ökonomisch wie ökologisch sinnvolle und verantwortbare Energiewende formulierte und ordnungspolitisch mit der deutschen Vorreiterfunktion in der Europäischen Union in Einklang steht.

Seit der Lehman-Pleite im Herbst 2008 steht die Überwindung der Finanz- und Schuldenkrise weltweit ganz oben auf der politischen Agenda. So verwundert es nicht, dass in Dublin wie bereits beim 32. ELDR-Kongress 2011 in Palermo einmal mehr leidenschaftlich die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion und die Maßnahmen zur Stabilisierung des Euros diskutiert wurden. Mit der eindeutigen Ablehnung aller Anträge zur Einführung von Eurobonds oder der Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds erteilte die europäische Parteienfamilie allen Versuchen, nationale Schulden zu vergemeinschaften, eine klare Absage und unterstützte damit die strikte Opposition der FDP gegen derartige Pläne. (Beschlossene Resolutionen können unter www.aldeparty.eu abgerufen werden.)

Auch wenn es keine fertige Blaupause für die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise in der EU gibt, wurden im Berichtszeitraum europapolitisch wichtige Fortschritte erzielt: Als Antwort auf die Staatsschuldenkrise wurde am 2. März 2012 der Europäische Fiskalpakt unterzeichnet, dem alle EU-Mitgliedsstaaten mit Ausnahme Großbritanniens und Tschechiens beigetreten sind und der mit voller Unterstützung der europäischen Liberalen ein striktes Regelwerk zur Konsolidierung der Staatshaushalte eingeführt hat.

Denn nur über ausgeglichene Staatshaushalte und nationale Schuldenbremsen sowie der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften kann dauerhaft wirtschaftliches Wachstum und Geldwertstabilität sichergestellt werden. An diesem Ziel richteten sich komplementär auch die Forderungen der ALDE an die laufenden Verhandlungen für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und den Haushalt der EU aus: Denn es geht nicht darum, mehr Geld auszugeben, sondern es zielgenau auszugeben, vor allem für Wachstum und Beschäftigung. Den EU-Haushalt wollen die Liberalen zum besten Wachstumsprogramm für die EU umbauen, um die Fehlallokationen der Vergangenheit zu vermeiden. Voraussetzung für diese Umsteuerung im kommenden EU-Haushalt ist die Einigung auf präzise makroökonomische Bedingungen für den Einsatz der Struktur- und Kohäsionspolitik.

2013 wird Kroatien als 28. Mitgliedsland der EU beitreten, und im letzten Frühjahr stieg Serbien zum weiteren EU-Beitrittskandidaten auf. Neben der Türkei, Island und Albanien streben alle ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken und das Kosovo die Aufnahme in die EU an. Dies ist an strenge Beitrittsbedingungen (sog. „Kopenhagener Kriterien“) geknüpft, auf die sich die Länder jahrelang mit Reformen vorbereiten müssen. Die Verhandlungen nehmen in der Regel ebenfalls mehrere Jahre in Anspruch. Bei einer zukünftigen Erweiterung der EU gilt allerdings, politisch motivierte, verfrühte Beitritte zu vermeiden, um die notwendige Vertiefung der Gemeinschaft nicht zu behindern und zu gefährden.

Nach sechsjähriger Amtszeit ging am 25. November 2011 in Palermo der Vorsitz der ALDE-Partei von der Belgierin Annemie Neyts-Uyttebroeck auf den britischen Europaabgeordneten Sir Graham Watson über. Ebenfalls nach drei Wahlperioden schied beim letzten ALDE-Kongress in Dublin Markus Löning als Vizepräsident aus dem Präsidium (Bureau) aus. Als sein Nachfolger wurde mit großer Mehrheit Alexander Graf Lambsdorff, der die FDP-Gruppe in der ALDE-Fraktion anführt, für zwei Jahre in dieses Gremium hineingewählt. Im Vorfeld der 2014 anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament und der Neubestellung der Kommission wird es vor allem darum gehen, auf der Basis eines überzeugenden gemeinsamen liberalen Wahlprogramms mit den 54 Mitgliedsparteien die Position der ALDE in Parlament und Kommission (85 Abgeordnete und 8 Kommissare) erfolgreich zu verteidigen und nach Möglichkeit weiter auszubauen.

10.3. Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

Die Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE) ist mit aktuell 85 Mitgliedern drittstärkste Kraft im Europäischen Parlament. Die FDP stellt mit zwölf Abgeordneten unter dem Vorsitz von Alexander Graf Lambsdorff eine der beiden stärksten Delegationen. Die deutschen Liberalen haben in dieser Legislaturperiode wichtige Aufgaben übernommen: Michael Theurer ist der erste FDP-Ausschussvorsitzende im Europäischen Parlament: Er leitet die Arbeit des Haushaltskontrollausschusses, der den korrekten Umgang mit europäischen Steuergeldern überwacht. Alexander Alvaro amtiert seit 2012 als Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Nadja Hirsch ist stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Zudem ist Alexander Graf Lambsdorff stellvertretender Vorsitzender der ALDE-Fraktion und Jorgo Chatzimarkakis Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zum EU-Beitrittskandidaten Mazedonien.

Im Europäischen Parlament waren die letzten beiden Jahre vor allem von den Bemühungen zur Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung geprägt. Dabei hat die FDP im Europäischen Parlament maßgeblich daran mitgewirkt, dass Europa auf dem Weg zu einer echten Stabilitätsunion vorangekommen ist. Aufgrund der Beharrlichkeit der Liberalen wurden automatische Sanktionen durchgesetzt, mit denen sichergestellt wird, dass Haushaltssünder den Konsequenzen nicht durch politische Absprachen entgehen. Aber nicht nur der Stabilitätspakt wurde gestärkt. Mit unserer Unterstützung wurde



Die FDP-Mitglieder der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament.

auch das Europäische Semester geschaffen – jetzt müssen die Mitglieder der Eurozone ihre Haushaltspläne für das jeweils kommende Jahr schon vorher in Brüssel zur Prüfung vorlegen. Wenn sie mit der Sicherung der Eurostabilität nicht vereinbar sind, drohen auch hier Sanktionen. All das sind die ersten wichtigen Schritte hin zu einer echten Stabilitätsunion in Europa.

Gleichzeitig hat sich die FDP im EP besonders auf die Kernthemen liberaler Politik konzentriert – die Durchsetzung von Bürgerrechten und die Förderung des Mittelstands. Deshalb hat die FDP auf Initiative von Jürgen Creutzmann eine Mittelstandskampagne der ALDE ins Leben gerufen. Mit der Kampagne zur Stärkung von Kleinen und Mittelständischen Unternehmen (KMU) unterstreicht die ALDE die strategische Bedeutung von KMU für den Wohlstand in Europa und macht die KMU-Politik zu einer ihrer politischen Prioritäten für die kommenden Jahre. Die Kampagne zielt darauf ab, Bürokratie abzubauen, den Zugang zu Finanzmitteln zu vereinfachen und den Marktzugang in Europa für KMU zu verbessern. Zudem hat sich die ALDE deutlich gegen Einschränkungen von Bürgerrechten in Ländern wie Ungarn oder Rumänien ausgesprochen und deutlich gemacht, dass europäische Werte nicht verhandelbar sind. Dass die ungarische Regierung einige Teile des umstrittenen Mediengesetzes und Einschränkung der Verfassung rückgängig gemacht hat, ist auch Konsequenz des Drucks der Liberalen im Europaparlament.

11. FDP-Landesverband LV Net

Vorsitz: **Manuel Höferlin**

Die Mitgliederzahl des FDP LV Net liegt konstant bei etwa 600. Der Bundestagsabgeordnete Manuel Höferlin ist seit April 2010 Vorsitzender und wurde bei den regulären Vorstandswahlen im Februar 2012 wiedergewählt. Alle anderen Vorstandsmitglieder (Gregor von Rosen und Matthias Steppuhn als Stellvertreter, Ralf van Doorn als Datenschutzmeister und John Endres als Schatzmeister) wurden ebenfalls im Amt bestätigt.

Mit Anträgen zu ACTA und dem Urheberrecht, aber auch zum Europäischen Stabilitätsmechanismus, zur Ganztagsbetreuung und zur Kranken- und Rentenversicherung hat sich der FDP LV Net auf seinen letzten Parteitag mit einer breit gefächerten Programmatik befasst.

Im ständigen Forum des FDP LV Net debattieren Liberale im In- und Ausland über aktuelle politische Entwicklungen. Die Beschlüsse sind auf der Website des Verbandes unter www.lvnet.fdp.de zu finden. Neben bundesunmittelbaren Mitgliedern und Mitgliedern im Ausland engagieren sich Mitglieder im Internet-Landesverband, die sich aufgrund von Familienphase, beruflicher Mobilität, ungewöhnlichen Arbeitszeiten oder anderen persönlichen Gründen orts- und zeitunabhängig an der Parteilarbeit beteiligen wollen und es sonst nicht könnten. Neue Medien für mehr Bürgerbeteiligung zu nutzen kann kein Selbstzweck sein, sondern eine Möglichkeit, es den Menschen zu erleichtern, sich mit ihren Ideen einzubringen und dadurch die Chance zu erhalten, demokratische Entscheidungen zu beeinflussen. Der US-amerikanische Wahlkampf hat eindrucksvoll die Möglichkeiten der neuen Medien in der politischen Kommunikation aufgezeigt. Der FDP LV Net als virtueller Verband ist ein Praxisbeispiel für E-Demokratie.

Seit Mitte 2010 ist der Verband in der Lage, konventionelle Parteitage vollständig digital im Netz abzu-

bilden und die eigenen Versammlungen exakt in dieser Form abzuhalten. Dies geschieht einmal im Jahr, der Parteitag dauert etwa 14 Tage. Anträge werden nacheinander in erster, zweiter und dritter Lesung behandelt. Über die Anträge kann mithilfe eines Tools geheim abgestimmt werden, auch Geschäftsordnungsanträge sind möglich. Bei der Wahl des Vorstands findet zwingend eine geheime Abstimmung statt.

Seit dem 63. Bundesparteitag der FDP im April 2012 in Karlsruhe hat der LV Net Antragsrecht zu Bundesparteitagen, außerdem haben die Mitglieder des Vorstands jetzt dort Rederecht.

Für das Jahr 2013 ist die Integration des Forums des FDP LV Net in das neue soziale Netzwerk „meine freiheit“ der FDP geplant. Die vielfältigen Werkzeuge dieser Plattform werden noch intensivere Diskussionen und programmatische Arbeit ermöglichen.

12. FDP-Bürgerfonds

Leitung: **Otto Fricke**

Der Bürgerfonds als großes Netzwerk aus Wirtschaft, Kultur und Politik unterstützt liberale Politik. Im Jahr 2012 verstärkte er seine Aktivitäten in Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf 2013. In der Veranstaltungsserie „Fundraising-Dinner“ gab das festliche Abendessen im September 2012 in Berlin den Auftakt. Der Gastredner Roger Köppel, Chefredaktor und Verleger des Schweizer Wochenmagazins „Die Weltwoche“, hielt eine fulminante Rede zum Liberalismus in Deutschland. Weitere große überregionale und regionale Veranstaltungen werden folgen. In der Spenden-Akquise hat sich das Internetportal des Bürgerfonds bewährt, die Internetseiten sind aktualisiert worden. Die Wachstums-Kampagne der FDP, mit der für positive Effekte des Wachstums in der Gesellschaft geworben wird, ist so durch Spenden unterstützt worden. Der Bürgerfonds unterzieht sich bewusst der Kontrolle der Öffentlichkeit: Er zeigt dem Spender und dem interessierten Bürger die Spenden-Möglichkeiten auf, gibt Auskunft über die Finanzen der Partei und macht die Spendenwerbung, öffentlich und transparent.



Der Landesverband LV Net mit seiner Präsentation im Internet.

13. Wahlkämpfe

Die Bundesgeschäftsstelle hat die Landtagswahlkämpfe 2011 bis 2013 in NRW, Schleswig-Holstein, dem Saarland, Berlin und Niedersachsen vielfältig unterstützt.

Die Unterstützungsmaßnahmen wurden jeweils mit den Wahlkampf führenden Landesverbänden langfristig vereinbart. Beratung und Koordination erfolgte durch den Beauftragten des Präsidiums für die Wahlkampfkoordination Christian Rénatus. Ein wesentlicher Schwerpunkt der operativen Unterstützung lag insbesondere bei der Vorbereitung und Durchführung der zentralen Wahlkampfveranstaltungen mit den Mitgliedern des Präsidiums.

Gemeinsam mit unserem Dienstleister Universum Kommunikation und Medien AG wurden den Landesverbänden darüber hinaus qualifizierte Adressen für Zielgruppenmailings bereitgestellt und Unterstützung bei der Durchführung von Postwurfsendungen gegeben.

Die Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurden auch personell mit Kräften aus der Bundesgeschäftsstelle unterstützt.



Glückwünsche für die Wahlsieger aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

14. Mentoring-Programm



Die Teilnehmer des Mentoringprogramms im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Gisela Piltz und Bundesgeschäftsführerin Gabriele Rénatus.

Das Mentoring-Programm „TOP-NACHWUCHS-TALENT“ wird seit 2008 erfolgreich durchgeführt. Ziel ist, jungen leistungsbereiten und politisch engagierten Frauen den Einstieg in die politische Laufbahn zu erleichtern und sie dabei zu fördern. Bis 2013 nutzten über 100 Frauen das Angebot des Mentoring-Programms. Von ihnen haben 17 erfolgreich für das Europaparlament und für den Landtag kandidiert oder zum ersten Mal ein politisches Mandat in ihrer beruflichen Laufbahn übernommen. Dazu zählen u. a. Katja Suding, Fraktionsvorsitzende der Hamburger Bürgerschaft, Nadja Hirsch und Brigitte Reimers, Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Das Mentoring-Programm ist 2012 konzeptionell weiterentwickelt worden und erstreckt sich über den Zeitraum von einem Jahr. Inhaltlich wurden die drei Teilbereiche Mentoring, Coaching und Networking ausgebaut. Politische und kommunikationstheoretische Grundlagen werden aufeinander aufbauend vermittelt, vertieft und angewandt. Im Jahrgang 2012/2013 des Mentoring-Programms erarbeiten die Mentees gemeinsam mit ihren Mentoren erstmals eine Abschlussarbeit.

Unter www.meine-freiheit.de ist eine Gruppe für die Mentees und Mentoren eingerichtet worden. Neue Informationen zu laufenden Veranstaltungen, aktualisierte Literaturlisten sowie Unterlagen zu den Seminaren können hier abgerufen werden. Zusätzlich gibt es auf facebook eine Mentoring-Gruppe.

Das Mentoring-Programm soll in den nächsten Jahren fortgeführt und weiterentwickelt werden.

15. Liberaler Parteiservice (LiPS)

Vorsitz des LiPS-Beirates: **Gabriele Renatus**
Geschäftsführender
Koordinator: **Karl-Heinz Rübesamen**

Der Liberale Parteiservice (LiPS) ist eine innerparteiliche Arbeitsgruppe, die seit ihrer Gründung 1999 die Dienstleistungsfähigkeit der Partei durch größere Kooperation zwischen den Landesverbänden, durch Verlagerung von organisatorischen Aufgaben und Schaffung eines gemeinsamen Angebots für zentrale Aufgaben stärkt.

Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Buchhaltung und Rechenschaftslegung für die Untergliederungen. LiPS bearbeitet zudem die Buchhaltung der meisten Landesverbände und ist hauptverantwortlich für die Erstellung des konsolidierten Rechenschaftsberichts der Bundespartei und der Landesverbände. Die Kosten der gemeinsamen Aufgaben von LiPS werden je zur Hälfte von der Bundespartei und den Landesverbänden durch Vorwegabzug aus der auf Beitrags- und Spendenaufkommen errechneten staatlichen Teilfinanzierung getragen. Die Budgethoheit liegt in den Händen der Konferenz des Bundes- und der Landesschatzmeister, die über den jährlichen Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung von LiPS entscheidet.

Darüber hinaus ist der Liberale Parteiservice für die Beratung von Satzungs- und Schiedsgerichtsfragen zuständig. LiPS führt auch die Geschäftsstelle des Bundessatzungsausschusses und des Bundesschiedsgerichtes. Mitglieder des LiPS-Beirates sind die Hauptgeschäftsführer der Landesverbände. Vorsitz des LiPS-Beirates hat die Geschäftsführung der Bundespartei. Für das operative Geschäft ist der geschäftsführende Koordinator, Karl-Heinz Rübesamen, zuständig, der von den Mitgliedern des Beirates gewählt wird. Er vertritt LiPS nach außen und koordiniert die Gesamtarbeit. Um den verschärften Anforderungen des Parteiengesetzes gerecht zu werden, hat der Bundesschatzmeister gemäß § 14 (2) der Finanz- und Beitragsordnung aufgrund des Beschlusses der Landesschatzmeisterkonferenz vom 21. März 2003 zur einheitlichen Gestaltung des Rechnungswesens im Sinne des

Parteiengesetzes verbindliche Richtlinien herausgegeben.

Die Einführung einer einheitlichen Software für die gesamte Partei und die Vorgabe an die Gliederungen, ihre Buchhaltung und Rechenschaftslegung durch den Liberalen Parteiservice in zentralen Buchungszentren bearbeiten zu lassen, sind hier die zentralen Punkte. Der Liberale Parteiservice erstellt und versendet für alle Mitglieder und Spender die Zuwendungsbestätigungen.

Die Verarbeitung der Buchhaltungsunterlagen der Untergliederungen war während der Geschäftsjahre 2011 und 2012 auf die Standorte Berlin und Bonn aufgeteilt. Mit Beginn des Jahres 2013 wurde die Bearbeitung auf den Standort Bonn zusammengelegt, sodass nunmehr alle Untergliederungen vom Buchungszentrum Bonn betreut werden.

Schwerpunkt im Berichtszeitraum war die originalersetzende Belegdigitalisierung. Diese erlaubt den Gliederungen über das Funktionsträger-Web-Portal direkt Zugriff auf die gebuchten Belege zu nehmen. Die Digitalisierung erfolgt ab dem Buchhaltungsjahr 2011 automatisch bei der Verbuchung. Ältere Buchhaltungsjahre werden, mit Blick auf die Aufbewahrungsfristen des Parteiengesetzes von zehn Jahren und den damit verbundenen Archivkosten, derzeit sukzessiv rückwirkend digitalisiert.

Ein Erfolgsmodell ist auch die innerparteiliche Liquiditätshilfe zwischen den einzelnen Gliederungen unter Steuerung durch LiPS. Gliederungen mit Bankguthaben stützen hierunter solche mit Liquiditätsengpässen. Auf diese Weise werden der Gesamtpartei erhebliche Kreditkosten erspart.



Der Liberale Parteiservice als Ansprechpartner auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe.

II. PROGRAMMARBEIT

1. Bundesfachausschuss Internationale Politik

Vorsitz: **Joachim Spatz**

In seiner Sitzung vom 21. und 22. Oktober 2011 befasste sich der BFA Internationale Politik mit zwei vom 62. Ord. Bundesparteitag überwiesenen Anträgen (Antrag 11 - Flugübungen an Atomkraftwerken - Schließung des Bomberabwurfplatzes Nordhorn Range prüfen; Antrag 21 - Gemeinsame, umfassende EU-Außen- und Sicherheitspolitik) und verabschiedete zwei eigene Positionspapiere zu den Themen „Einrichtung eines Polizeizentrums für internationale Friedenseinsätze“ sowie „Handlungsbedarf im Bereich zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung“. Ferner berichteten der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, und die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gudrun Kopp, zu aktuellen politischen Fragen. Beraten wurden zudem Änderungsanträge für den ELDR-Kongress vom 23. bis 25. November 2011 in Palermo.

Anlässlich der zweiten Sitzung am 10. und 11. Februar 2012 konstituierte sich der BFA neu. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Nora Jordan-Weinberg (Liberales Senioren) sowie Norbert Flöge (LV Niedersachsen) gewählt. Der BFA richtete vier Unterausschüsse ein: Europapolitik (Vorsitzender: Prof. Dr. Frank Hoffmeister, Auslandsgruppe Europa), Sicherheitspolitik (Vorsitzender: Norbert Flöge, LV Niedersachsen), Entwicklungspolitik (Vorsitzende: Dr. Christiane Ratjen-Damerau, LV Niedersachsen) sowie Außenpolitik & Menschenrechte (Vorsitzender: Manfred R. Eisenbach, TDH). Inhaltlicher Schwerpunkt der Sitzung war – neben den Berichten von Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle und Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel zu aktuellen politischen Fragen – der Vortrag von Staatsminister Dr. Jürgen Martens (Sachsen) über Schlaglichter der Europapolitik aus Ländersicht. Beraten wurde ferner der Entwurf des Grundsatzprogramms.

Die dritte Sitzung fand am 28. und 29. September 2012 in Berlin statt. Im Zentrum der Beratungen standen die Berichte der vier Unterausschüsse an die Programmkommission zur Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms 2013. Zudem wurden die drei vom 63. Ord. Bundesparteitag überwiesenen Anträge (Antrag 8 – Aufgabenstellung der EZB überprüfen; Antrag 9 – Europa demokratischer gestalten; Antrag 10 – Deutschland als Friedensmacht in einer neuen Afghanistanstrategie) beraten. Berichte zu aktuellen politischen Fragen gaben der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Link, sowie die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gudrun Kopp, ab.

Die vierte Sitzung des BFA fand erst nach Redaktionsschluss zu diesem Geschäftsbericht am 22. und 23. Februar 2013 in Brüssel statt.

Bei all seinen Sitzungen arbeitete der Bundesfachausschuss sehr eng mit dem Arbeitskreis Internationale Politik der FDP-Bundestagsfraktion, der Gruppe der FDP im Europäischen Parlament sowie mit dem Thomas-Dehler-Haus zusammen.



2. Bundesfachausschuss Wirtschaft und Arbeit

Vorsitz: **Dr. Klaus von Lindeiner**

Stellvertreter: **Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué,
Dr. Jan Rittaler und Volker Thiel**

Im Berichtszeitraum kam der Bundesfachausschuss zu vier Plenarsitzungen zusammen, zweimal in unserem Traditionshotel in Fulda-Künzell, einmal waren wir zu Gast beim niedersächsischen Wirtschaftsminister Jörg Bode in Hannover, einmal bei der FDP-Gruppe im Europäischen Parlament und der Landesvertretung Sachsen in Brüssel. Michael Theurer hatte dazu ein hervorragendes Programm vorbereitet. Beispielhaft soll hierfür ein „dinner speech“ des EFSF-Chefs Klaus Regling stehen. Eine weitere, fünfte Plenarsitzung mit dem hessischen Wirtschaftsminister Florian Rentsch als Gast ist nach Redaktionsschluss für Anfang März 2013 geplant.

Folgende Unterausschüsse hat der BFA eingerichtet: „Wettbewerb und Ordnungspolitik“ (Leitung: Klaus Büniger), „Energiepolitik“ (Michael vom Baur), „Arbeitsmarkt“ (Berthold Bahner) sowie „Wirtschaft und Ethik“ (Gerhard Dieterle).

Wichtig waren für uns die „Aktuellen Stunden“ mit, je nach Abkömmlichkeit, dem wirtschaftspolitischen Sprecher Martin Lindner oder anderen Vertretern der Bundestagsfraktion (Klaus Breil, Johannes Vogel). Sie informierten den Ausschuss frühzeitig über die jeweils in Berlin anstehenden Themen. In den offenen, zuweilen kritischen Diskussionen konnten aber auch wir die Haltung der fachlich interessierten Parteibasis zu den Überlegungen und Entscheidungen der Fraktion deutlich machen.

Um nicht nur im „eigenen Saft zu schmoren“, lädt der BFA häufig externe Gastreferenten ein. In dieser Amtsperiode den Präsidenten des Bundeskartellamtes Dr. Andreas Mundt und den hoch renommierten Finanzwissenschaftler Manfred Neumann. In beiden Fällen waren das überaus informative Vorträge, die jeweils zu einem spannenden Gedankenaustausch führten.

Im Vordergrund der eigenen inhaltlichen Arbeit stand neben der Diskussion um die europäischen Rettungs-



Die Mitglieder des BFA Wirtschaft und Arbeit zu Besuch in Brüssel.

maßnahmen (Mitgliederentscheid) die intensive Mitarbeit am neuen Grundsatzprogramm und zuletzt am Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013. Hierfür haben wir jeweils eigene Arbeitsgruppen eingesetzt. Wesentliche Bausteine für die wirtschaftspolitischen Abschnitte beider Programme wurden im BFA erarbeitet.

3. Bundesfachausschuss Finanzen und Steuern

Vorsitz: **Dr. Volker Wissing**

Stellvertreter: **Matthias Lefarth, Hermann Rind**

Im Berichtszeitraum traf sich der Bundesfachausschuss Finanzen und Steuern zu vier Sitzungen: 28./29. Oktober 2011, 10./11. Februar 2012, 26./27. Oktober 2012 und 1./2. März 2013 in Berlin mit jeweils 50 bis 60 Teilnehmern einschließlich Gästen.

Die inhaltliche Vorbereitung fand in zahlreichen Sitzungen folgender Arbeitsgruppen statt: AG Föderalismus und Finanzausgleich, Vorsitz: Horst-Jürgen Lahmann; AG Unternehmensteuerrecht, Vorsitz: Hermann Rind; AG Verbrauchsteuern und Verfahrensrecht, Vorsitz: Siegfried Pick; AG Ehe- und familienbezogene Leistungen, Vorsitz: Dr. Birgit Reine-mund; AG Haushaltskonsolidierung, Vorsitz: Dietmar Busold; AG Steuervereinfachung, Vorsitz: Matthias Lefarth; AG Energiesteuern, Vorsitz: Alf Schwaten; AG Kommunalfinanzen, Vorsitz: Roland von Hunius; AG Finanzmärkte, Vorsitz: Dr. Wolfgang Warth.

Der BFA Finanzen und Steuern befasste sich mit den aktuellen Themen der Steuer- und Finanzpolitik

und begleitete u. a. das Gesetz zum Abbau der kalten Progression, die Steuervereinfachungsgesetze 2011/2012/2013, das Gesetz zur Modernisierung und Vereinfachung des Unternehmenssteuerrechts und des Reisekostenrechts sowie das Jahressteuergesetz.



Neben der Begleitung der aktuellen steuer- und finanzpolitischen Gesetzgebung waren folgende Themen Schwerpunkte der Arbeit des BFA:

Bundestagswahlprogramm 2013, nachhaltige Haushaltspolitik, Einführung des Halbteilungsprinzips, Einkommensteuertarif und Bekämpfung der kalten Progression, Unternehmensteuerrecht, Erbschaftsteuer und Grundsteuerrecht sowie im Umsatzsteuerrecht: Übergang von der Soll- zur Ist-Besteuerung sowie Diskussionen zu den Entwicklungen in Bezug auf die Eurostabilisierung.

4. Bundesfachausschuss Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz

Vorsitz: **Dr. Christel Happach-Kasan**

Der Bundesfachausschuss Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz traf sich im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen: 21./22. Oktober 2011 in Berlin, 2./3. März 2012 in Mariensee und 19./20. Oktober 2012 in Bretzfeld/Ilshofen. Dabei wurden in Berlin das Robert-Koch-Institut (RKI), in Mariensee die Außenstelle des Friedrich-Loeffler-Institutes und

in Bretzfeld/Ilshofen das Milchwerk Crailsheim-Dinkelsbühl und die Weinkellerei Hohenlohe besichtigt.

Auch in der aktuellen Amtszeit waren die laufenden Verhandlungen über die Zukunft der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt des Bundesfachausschusses. Der BFA hat erörtert, wie die Landwirtschaft nachhaltig intensiviert und zukunftsfähig aufgestellt werden könnte. Dabei wurde diskutiert, wie das Einkommen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirte gesichert, Bürokratie abgebaut und die neuen EU-Mitgliedsstaaten angemessen beteiligt werden könnte.

Beim Besuch des RKI war der EHEC-Ausbruch im Frühsommer 2011 ein ganz wesentliches Thema. Die Experten des RKI haben dem Ausschuss die neuesten Erkenntnisse zum EHEC-Ausbruch vorgestellt und mögliche Konsequenzen diskutiert. Ein weiteres Thema war die Sicherheit von Futter- und Lebensmitteln. Weiterhin wurde mit den Fachleuten über den Antibiotika-Einsatz in der Landwirtschaft, das Auftreten von resistenten Erregern und die Bekämpfung Lebensmittel-assoziiertes Infektionen gesprochen.

Im Themengebiet Verbraucherschutz hat der Ausschuss über die Novelle des Telekommunikationsgesetzes und die Durchsetzung kostenloser Warteschleifen beraten, das Verbraucherinformationsgesetz, das Thema Gaststätten-Smileys bzw. -Barometer (als Kennzeichnung der Hygienebedingungen). Beim rechtlichen Verbraucherschutz wurden Button-Lösungen für Verträge im Internet erörtert, beim Thema finanzieller Verbraucherschutz stand die Einrichtung von sogenannten „Finanzmarktwächtern“ im Fokus.

Auf der Sitzung in der Außenstelle des Friedrich-Loeffler-Instituts in Mariensee stand wiederum die Problematik des Entstehens von Antibiotika-resis-



Der BFA Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz zu Gast im Milchwerk Crailsheim-Dinkelsbühl.

tenten Keimen aus dem Blickwinkel der Tierhaltung im Mittelpunkt. Weiter wurden die Möglichkeiten und Potenziale moderner Tierzucht angesprochen, die Möglichkeiten des Erhalts genetischer Diversität durch somatisches Klonen zum Erhalt der bei uns gegebenen Vielfalt an Tierrassen und die besonderen Herausforderungen der Tierhaltung. Andererseits wurden schwerpunktmäßig der Stand und die Potenziale moderner Tierzucht und Tierhaltung besprochen. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse des vom BMELV geführten Diskussionsprozesses um die Charta für Landwirtschaft und Verbraucher kritisch beleuchtet und mögliche Ansätze daraus diskutiert. Weitere Themen waren die Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, geplante Bundestagsinitiativen zu Biopatenten und die negativen Auswirkungen des EuGH-Urteils zu gv-Pollen in Honig. Das sachlich falsche Urteil des EuGH wurde vom Ausschuss einhellig kritisiert.

Im Rahmen der Besichtigung des Milchwerks wurden Möglichkeiten der Vermarktung von Milch und Milchprodukten besprochen und die Herausforderungen, die die Konzentrierung der Marktmacht auf wenige große Einzelhandelskonzerne bedeutet. Das dortige Milchwerk hat sich mit der Spezialisierung auf die Produktion von Nischenprodukten einen eigenen Markt geschaffen. Im Rahmen der Sitzung in Bretzfeld/Ilshofen waren der neugewählte Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, und der Präsident des württembergischen Weinbauverbandes, Hermann Hohl, zu Gast. In der gemeinsamen Diskussion wurden aktuelle Themen der Agrar- und Weinpolitik mit folgenden Schwerpunkten erörtert: Zukunft des Milchmarktes in Deutschland und Europa, unternehmerische Landwirtschaft als Leitbild liberaler Agrarpolitik, die öffentliche Wahrnehmung der Landwirtschaft und die Vorstellungen der Gesellschaft, der Medien und der Kirchen, wie Landwirtschaft gestaltet werden soll. Zudem wurde der aktuelle Stand bei der Novelle des Tierschutzgesetzes erörtert, die Weinbaupolitik und die Zukunft der Grünen Gentechnik.

Der Bundesfachausschuss Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz hat eng und vertrauensvoll mit den Mitgliedern der Bundestagsfraktion und der Europa-Abgeordneten Britta Reimers zusammengearbeitet. Der gegenseitige Austausch hat geholfen, das unternehmerische, marktorientierte liberale Agrarprofil weiterzuentwickeln. Insbesondere die Diskussion über Auswirkungen und Konsequenzen aus der EHEC-Krise sowie die Notwendigkeit der

Minderung des Antibiotika-Einsatzes in der Tier- und Humanmedizin zur Vermeidung des Entstehens resistenter Keime hat sehr gute Anregungen ergeben.

5. Bundesfachausschuss Soziales

Vorsitz: **Michael Kauch**

Stellvertreter: **Elisabeth Preuß, Roland Riese**

Der Bundesfachausschuss Soziales betreut die Politikfelder der Ministerien für Arbeit und Soziales (ohne Arbeitsmarktpolitik) sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hauptschwerpunkt des BFA im Berichtszeitraum war die Zuarbeit zum Bundestagswahlprogramm. Darüber hinaus hat der BFA intensiv an den Themen Inklusive Gesellschaft sowie Kinderpolitik gearbeitet. Ein weiterer Fokus lag auf den Themen Familienrecht (in Zusammenarbeit mit dem BFA Innen und Recht) und Diversity-Strategien (Politik für Vielfalt).

Der Bundesfachausschuss Soziales konstituierte sich am 5. Februar 2012 in Berlin. Es folgten bis dato drei weitere Sitzungen am 15. April 2012, am 3./4. November 2012 (Klausurtagung in Gummersbach) und am 17. Februar 2013. Tagungsort war – mit Ausnahme der Klausurtagung – Berlin. Eine weitere Sitzung zum Wahlprogramm ist für den 21. April 2013 geplant.

Themenspezifische Arbeitsgruppen bereiteten zwischen den BFA-Sitzungen die inhaltliche Arbeit vor. Es tagten die AG Inklusive Gesellschaft, die AG Diversity, die AG Integration und die AG „Selbsthilfe im Quartier“. Außerdem tagte die AG Familienrecht als



gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem BFA Innen und Recht sowie die AG Familienbezogene Leistungen gemeinsam mit dem BFA Wirtschaft und Arbeit und die AG Arbeitsmarktpolitik in Zusammenarbeit mit dem BFA Wirtschaft und Arbeit.

Im Berichtszeitraum bildeten folgende Themenbereiche den Schwerpunkt der BFA-Arbeit:

Frühkindliche Bildung: Sachstandsanalyse und darauf aufbauend konkrete Vorschläge zu einer liberalen Gestaltung frühkindlicher Bildung, die Kindern und Eltern gerecht wird. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Qualität der Kinderbetreuung.

Inklusive Gesellschaft: Ausarbeitung eines umfassenden Antrags Inklusive Gesellschaft, Ausgestaltung eines Kompasses für die Untergliederungen zum Thema. In diesem Kontext wurde auch an der Reform der Eingliederungshilfe gearbeitet.

Politik für Vielfalt: Diversity-Management in der FDP und Einbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen für Parteiarbeit und Wähleransprache, Förderung von Toleranz und Respekt in der Gesellschaft, Nutzung der Diversity-Konzepte aus der Wirtschaft für eine aktive Gleichstellungspolitik, auch mit einem Fokus auf das Thema AlterNsmanagement.

Familienrechtsreform: Ausarbeitung des Konzepts der Verantwortungsgemeinschaft, familienrechtliche Fragen bei Stiefkindadoptionen, Transsexuellengesetz, zusätzliche Option der Errungenschaftsgemeinschaft im Güterrecht.

6. Bundesfachausschuss Gesundheitspolitik

Vorsitz: **Prof. Dr. Elisabeth Pott**

Stellvertreter: **Prof. Dr. Ralf Uwe Peter, Dirk-Heinrich Heuer, Dr. Claudia Maria Kunz** (seit 10. März 2012)

Die Sitzungen des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik fanden im Berichtszeitraum statt am 1./2. April 2011 in Hannover, am 2. Juli 2011 in Münster (mit Bundesgesundheitsminister Daniel

Bahr), am 16./17. September 2011 in Berlin, am 9./10. März 2012 in Berlin (konstituierende Sitzung) und am 5./6. Oktober 2012 in Berlin. In der konstituierenden Sitzung wurde beschlossen, die Arbeitsgruppe „Pflege“ weiterzuführen und neue Arbeitsgruppen zu den Themen „Grundsatzprogramm“, „Zukunft des Gesundheitswesens/Gesundheitsfachberufe“ einzusetzen. Die Arbeitsgruppen haben mehrfach getagt und Stellungnahmen des Plenums zum Grundsatzprogramm, zum Pflegeneuordnungsgesetz (PNG) und zum Versorgungsstrukturgesetz vorbereitet. Die Stellungnahmen sind der Bundesgeschäftsstelle zugegangen. Einige Stellungnahmen sind Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr zugeleitet und in BFA-Sitzungen, an denen er teilnehmen konnte, mit ihm erörtert worden.

Mit der Verabschiedung des Grundsatzprogramms, des PNG und des Versorgungsstrukturgesetzes haben sich die korrespondierenden Arbeitsgruppen erledigt. Des Weiteren wurden die Themen Telemedizin, nationale Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung, Transplantationsgesetz und Prävention im BFA erörtert.

Der BFA hat eine Stellungnahme zum Bundestagswahlprogramm abgegeben und seine Änderungswünsche, Anregungen und Ergänzungen, in Verbindung mit dem Treffen der BFA-Vorsitzenden beim Generalsekretär, erläutert. Die Arbeitsgruppen Zukunft des Gesundheitswesens/Gesundheitsfachberufe arbeiten weiter.

Von vorhergehenden Bundesparteitagen überwiesene Anträge wurden z. T. weiterberaten, neu beraten und Stellungnahmen abgegeben.

Zu den vom 62. Ord. Bundesparteitag der FDP (Rostock, 13. bis 15. Mai 2011) überwiesenen Anträgen nimmt der BFA wie folgt Stellung:

Antrag Nr. 61: Initiative zum Jahr der Pflege (Bundesverband Liberale Senioren): Die Anliegen dieses Antrags



werden inzwischen im Rahmen der Pflegereform aufgegriffen. Es sind neue Regelungen im Gesetz-/Kabinettsentwurf vorgesehen.

Antrag Nr. 62: Stiftung, die Kuren und pflegende Angehörige finanziert (BV Niederrhein): Der BFA hält das inhaltliche Anliegen für berechtigt. Der BFA geht davon aus, dass eine Lösung im Rahmen der Pflegereform gefunden werden kann. Die Einrichtung einer im Antrag beschriebenen Stiftung wird als nicht geeignet angesehen.

Antrag Nr. 63: Suchtprävention und Suchthilfe in Deutschland neuen Herausforderungen anpassen (BV Nord-Ost-Hessen u. a.): In der Sitzung des BFA am 9./10. März 2012 wurde von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans, die Nationale Strategie zur Sucht- und Drogenpolitik in Deutschland vorgestellt und diskutiert. Mit dieser Strategie betrachtet der BFA das Anliegen des Antrags als erledigt.

Antrag Nr. 64: Blutspende für alle ermöglichen (Junge Liberale): Nach ausführlicher Diskussion im Ausschuss wird der Vertreter der Jungen Liberalen im BFA Gesundheitspolitik einen überarbeiteten Antrag einbringen.

Antrag Nr. 65: Erfahrungen nutzen – Ärztemangel abfedern (KV Greiz und Saalfeld-Rudolstadt): Die im Antrag behandelte Frage, ob Ärzte, die trotz Erreichen des Rentenalters bereit sind, ihre Praxis weiter zu betreiben, auf Antrag vom Notdienst befreit werden können, kann nicht vom BFA entschieden werden, da es sich um eine Angelegenheit der Selbstverwaltung handelt.

[Zu den vom 61. Ord. Bundesparteitag der FDP \(Köln, 24. bis 25. April 2010\) überwiesenen Anträgen nimmt der BFA wie folgt Stellung:](#)

Antrag Nr. 15: Medizinische Versorgungszentren (LV Hamburg): Der Antrag ist mit den Regelungen im Versorgungsstrukturgesetz erledigt.

[Zu den vom 60. Ord. Bundesparteitag der FDP \(Hannover, 15. bis 17. April 2009\) überwiesenen Anträgen nimmt der BFA wie folgt Stellung:](#)

Antrag Nr. 10: Weiterentwicklung der Geriatrie und einer effizienteren Vermeidung von Pflegebedürftigkeit (SGB XI) (KV Nürnberg, Erlangen und Fürth): Der Antrag ist mit der Pflegereform erledigt.

Antrag Nr. 13: Datenschutz im Gesundheitswesen (LV Baden-Württemberg): Der BFA wird sich mit dem Thema Datenschutz im Gesundheitswesen mittelfristig weiterhin und umfassend auseinandersetzen.

7. Bundesfachausschuss Innen und Recht

Vorsitz: **Corinna Werwig-Hertneck**

Stellvertreter: **Dr. Matthias Schulenberg,
Dr. Oliver Liersch**

Der Bundesfachausschuss Innen und Recht tagte am 2./3. Dezember 2011, am 2./3. März 2012 und am 26./27. Oktober 2012 in Berlin. Geplant ist die nächste Frühjahrssitzung nach Redaktionsschluss am 1./2. März 2013 in Berlin. Der BFA arbeitete in verschiedenen Arbeitsgruppen: Arbeitsgruppe „Arbeitsrecht“, Arbeitsgruppe „Europa“, Arbeitsgruppe „Familienrecht“, Arbeitsgruppe „Innere Sicherheit“, Arbeitsgruppe „Integration“, Arbeitsgruppe „Internet/Medien“, Arbeitsgruppe „Internationale rechtliche Zusammenarbeit“ und Arbeitsgruppe „Wirtschaftsrecht“.

Er hat seine intensive juristische Facharbeit regelmäßig in Frühjahrs- und Herbstsitzungen fortgesetzt. Ziel war und ist es, die aktuellen rechts- und innenpolitischen Themen auf Bundesebene und auch auf europäischer Ebene aufzugreifen, aus liberaler Sicht zu diskutieren und zu Beschlüssen zu führen. Diese fanden auch Eingang in verschiedene Anträge zu den Bundesparteitagen. Außerdem konnten länderübergreifende Fragestellungen innerparteilich geklärt werden.

Schwerpunkte intensiver Beratungen waren Fragen europäischer Rechtsfortentwicklung (EU-Kaufrecht, EU-Patent, EU-Datenschutzrecht, EU-Staatsanwalt), aber auch Fragen der staatsrechtlichen Zukunft Europas („Wie soll Europa in 20 Jahren organisiert sein? Als Vereinigte Staaten Europas?“) und Fragen einer notwendigen Insolvenzordnung für Kommunen und andere Hoheitsträger, auch europäische Staaten. Hierbei wurden externe Experten zur Anhörung eingeladen.

Fragen vertiefter Integration und Zuwanderungssteuerung wurden ebenso geklärt wie Fragen einer Reform der Sicherheitsarchitektur Deutschlands. Es wurde als

Konsequenz der Erkenntnisse aus dem NSU-Untersuchungsausschuss u. a. festgestellt, dass das Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz und den Kriminalämtern durchgehalten und dass Verfassungsschutzämter zusammengelegt werden sollen. Für eine bessere Bürgerbeteiligung bei Großprojekten (Flughafenausbau, Stuttgart 21) wurden erfolgreiche Mediationsverfahren vorgestellt.

Angesichts einer FDP-Führung verschiedener Bundesministerien (Bundesjustizministerium, Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium) konnte die Koordination der wünschenswerten internationalen rechtlichen Zusammenarbeit intensiv beraten und Initiativen für die Zukunft entwickelt werden.

Der Ausschuss beriet und begleitete darüber hinaus eine Vielzahl aktueller Gesetzesvorhaben auf Bundes- und Länderebene sowie tagesaktuelle rechtspolitische Entwicklungen. Er befasste sich mit dem Karlsruher Grundsatzprogramm und wird demnächst die Beratungen des Bundestagswahlprogrammes 2013 zum Schwerpunkt der Frühjahrssitzung 2013 machen.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger setzte zur großen Zufriedenheit der BFA-Aktiven die meisten Anliegen zunächst im Koalitionsvertrag und dann in ihrem Ressort konsequent um.

8. Bundesfachausschuss Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Vorsitz: **Patrick Meinhardt**

Der Bundesfachausschuss Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie hat sich am 20. Januar 2012 unter Vorsitz von Patrick Meinhardt konstituiert. Bei der ersten Sitzung wählten die Mitglieder als stellvertretende Vorsitzende Mieke Senftleben und Dr. Dr. Magnus Buhler sowie zehn von den Landesverbänden vorgeschlagene Sachverständige als weitere Mitglieder. Seit der Konstituierung hat der BFA an drei Wochenenden getagt.

Die Sitzungen finden dreimal jährlich statt, im Vorfeld der BFA-Sitzungen tagen die Unterausschüsse. Bei der Konstituierung wurden folgende vier Unterausschüsse gegründet: Schule/Frühkindliche Bildung (Vorsitz: Mieke Senftleben; Stellv. Vorsitz: Christiane Brunk); Hochschule (Vorsitz: Dr. Christiane Gaehtgens; Stellv. Vorsitz: Mirco Dragowski); Forschung (Vorsitz: Dr. Thoralf Gebel; Stellv. Vorsitz: Jürgen Wieshoff) und Berufliche Bildung/Weiterbildung (Vorsitz: Finn Brandt; Stellv. Vorsitz: Reinhard Kitzig).

Der BFA arbeitet intensiv mit den Bildungs- und Forschungspolitikern der Bundestagsfraktion Sylvia Canel, Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann, Dr. Peter Röhlinger, Heiner Kamp, dem Koordinator der bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen Björn Försterling, mit dem Europaabgeordneten Dr. Jorgo Chatzimarkakis als Vertreter der ALDE-Fraktion, mit Dr. Wolfram Kreisel und Volker Adams als Referenten der Bundestagsfraktion, den Jungen Liberalen, den Liberalen Senioren, den Liberalen Frauen, der Liberalen Hochschulgruppe, der Auslandsgruppe Europa und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zusammen.

Der Bundesfachausschuss hat sich intensiv bei den Beratungen zu den Karlsruher Freiheitsthesen eingebracht und bei der Entstehung des neuen Grundsatzprogramms mitgearbeitet. Weiterhin hat der BFA auf seiner Sitzung am 28./29. September 2012 „Politische Eckpunkte zur liberalen Wissenschafts- und Hochschulpolitik“ beschlossen.

Die BFA-Sitzungen bieten den Mitgliedern die Gelegenheit zu einem intensiven Austausch über bildungs- und forschungspolitische Entwicklungen und Neuerungen auf Ebene der Europäischen Union (liberale Gruppe im EU-Parlament), der FDP-Bundestagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktionen und Landesverbände sowie der jeweiligen Landesfachausschüsse. Der BFA ist das Expertengremium der FDP für dieses Zukunftspolitikfeld und wird auch weiter Think Tank für liberale Bildungs-, Wissenschafts- Forschungs- und Technologiepolitik sein.



9. Bundesfachausschuss Umwelt und Raumordnung

Vorsitz: **Horst Meierhofer**

Der Bundesfachausschuss Umwelt und Raumordnung wird im Berichtszeitraum dreimal regulär in Berlin getagt haben. Die konstituierende Sitzung fand am 10./11. Februar 2012 statt. Am 28./29. September 2012 folgte eine weitere reguläre Sitzung. Zudem fanden am 2. März 2012 eine Sondersitzung zum Grundsatzprogramm in Berlin und am 8. Juni 2012 eine Exkursion in das Endlager Asse statt. Eine weitere reguläre Sitzung ist nach Redaktionsschluss des Geschäftsberichtes für den 22./23. Februar 2013 in Berlin geplant. Für das zweite Quartal 2013 ist eine zusätzliche Sitzung in Brüssel angedacht.

Stellvertretende Vorsitzende sind Claus-Peter Appel und Hartmut Stiller. Bei der konstituierenden Sitzung im Februar wurde beschlossen, Arbeitsgruppen einzusetzen, deren inhaltliche Ausrichtung und Zusammenstellung bei der Sitzung im September 2012 festgelegt wurde. Folgende Arbeitsgruppen haben sich gebildet: AG Subventionen, AG Erneuerbare-Energien-Gesetz und AG Wachstum. Die Arbeitsgruppen sollen diese umfangreichen Thematiken gezielt aufarbeiten, sodass eine vertiefende Befassung bei den regulären Sitzungen ermöglicht wird.

Neben der Konstituierung wurden bei der Sitzung im Februar 2012 aktuelle Schwerpunkte der Umweltpolitik beleuchtet. Als Referenten waren hierzu Vertreter von Umweltverbänden (NABU, WWF, BUND) eingeladen. In den Berichten der Bundestagsabgeordneten und des Europaabgeordneten waren die beherrschenden Themen das Kreislaufwirtschaftsgesetz, Chancen und Risiken bei der Energiewende, die Verknüpfung der Rechtsgebiete Landwirtschaft – Wasser



Exkursion des BFA Umwelt und Raumordnung in das Endlager Asse.

- Bergbau sowie die Netzproblematik. Ein weiteres zentrales Thema war das Grundsatzprogramm und der Beitrag des BFAs zu diesem. Aufgrund des hohen Diskussionsbedarfs wurde hierzu eine Sondersitzung im März 2012 beschlossen. Die dort erarbeiteten Vorschläge zum „blauen Wachstum“ fanden folgend auch ihren Eingang in das Grundsatzprogramm.

Bei der von der niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Angelika Brunkhorst organisierten Exkursion in das Endlager Asse im Juni 2012 konnten sich die teilnehmenden Mitglieder vor Ort einen Eindruck über den äußerst bedenklichen Zustand der Endlagerstätte für schwach- und mittelradioaktive Abfälle machen.

In der Sitzung im September 2012 war Bundesumweltminister Peter Altmaier zu Gast, der Bilanz über die ersten 100 Tage im Amt zog. Ein weiteres Thema war die Vereinbarung von Umweltschutz und Wirtschaft in Bezug auf die deutsche Subventionspolitik. Mit Vertretern des BDI und des Umweltbundesamtes wurden hierbei unterschiedliche Blickwinkel beleuchtet. Abschließend referierte Markus Haastert über „Blue Economy“, ein Thema, das den BFA im Rahmen des „blauen Wachstums“ bereits seit einigen Sitzungen beschäftigt. Bei den Berichten aus Berlin und Brüssel waren die Ausgestaltung der Energiewende, die Problematik rund um die Asse sowie „Fracking“ die beherrschenden Themen.

Für die Sitzung im Februar 2013 ist die Befassung mit dem EEG und möglichen notwendigen Anpassungen geplant.

10. Bundesfachausschuss Stadtentwicklung und Wohnungswesen

Vorsitz: **Sebastian Körber**

Stellvertreter: **Wolfgang E. Züll, Torsten Hilbrich**

Der Bundesfachausschuss „Stadtentwicklung und Wohnungswesen“ knüpft organisatorisch nahtlos an den letzten Berichtszeitraum an: Dem Vorsitzenden Sebastian Körber stehen weiterhin Wolfgang E.

Züll und Torsten Hilbrich als Stellvertreter zur Seite. Weitere beratende Experten und Sachverständige wurden durch den Ausschuss benannt. Der BFA bildete 2012 zusätzlich die dem Vorstand zuarbeitenden Untergruppen Stadtentwicklung, Nachhaltigkeit, Finanzen und Baurecht.

Zu den Schwerpunkten der Arbeit des Bundesfachausschusses auf seiner Sitzung am 1./2. Juli 2011 in Berlin gehörten ein Kurzvortrag zur „Entwicklung der Markttransparenz in Deutschland“ sowie ein Impulsvortrag „Zur Ermittlung von Bodenrichtwerten bei fehlenden Kaufpreisen unbebauter Grundstücke“.

Auf der Sitzung am 1./2. Oktober 2011 in Cottbus wurden u. a. ausführlich der Antrag zum Bundesparteitag zur „Barrierefreiheit“ besprochen, Akzente für ein „Liberales Profil in der Stadt- und Raumentwicklung“ sowie das Thema „Windkraftanlagen“ diskutiert.

Bei der Berliner Tagung am 10./11. Februar 2012 standen u. a. ein Impulsvortrag durch einen Vertreter des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie zum derzeitigen Stand im Bauwesen, die momentane Stellung der Bauwirtschaft und die Prognosen für die Zukunft auf der Tagesordnung. Es wurden außerdem die Untergruppen Stadtentwicklung, Nachhaltigkeit, Finanzen und Baurecht eingesetzt. Schwerpunkte der Diskussion waren auch die Novellierung des Baugesetzbuchs und Wege zur Erhöhung der Eigentumsquote in Deutschland.

Bei der Sitzung am 18./19. Mai 2012 in Hannover wurde über Raumordnung und die aktuellen entwicklungspolitischen Absichten der Metropolregionbildung Hannover-Braunschweig-Wolfsburg informiert. Neben der Information zum neuen Mietrechtsänderungsgesetz, einer Diskussion zu Möglichkeiten und Chancen der Wohnungs-Eigentumsbildung und zur Makler- und Hausverwalter-Ordnung standen abseits der Tagespolitik Aspekte für ein „Liberales Profil in



Die Mitglieder des BFA Stadtentwicklung und Wohnungswesen zu Gast im Landtag in Hannover.

der Stadt- und Raumentwicklung“ und die Erarbeitung eines Papiers „Liberaler Bau- und Stadtentwicklungspolitik“ im Mittelpunkt.

Bei der Mainzer Sitzung am 14./15. September 2012 berichtete der Geschäftsführer der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) von seiner Arbeit, ergänzt durch die Vorstellung des Fahrradvermietsystems „MVG meinRad“ und eine Führung durch das Entwicklungsareal „Zollhafen Mainz“. Nach einer Diskussion u. a. über Stadtentwicklung und die Entwicklung im ländlichen Raum stand eine Gedankensammlung für die kommenden Wahlkämpfe im Mittelpunkt.

Die Sitzung am 14./15. Dezember 2012 im niedersächsischen Landtag in Hannover stand bereits im Zeichen der Landtagswahl. Dabei fand ein Rundgang mit Informationen aus der Praxis zur Städtebauförderung, insbesondere zu Projekten der „Sozialen Stadt“ in Hannover, großes Interesse. Die Gespräche zur aktuellen Problematik „Bezahlbarer Wohnraum in Ballungsräumen und Universitätsstädten contra Rückbau im ländlichen Raum – Was sind unsere liberalen Antworten?“ boten bereits ausführlich Gelegenheit für einen Ausblick auf Themenschwerpunkte im Bundestagswahlkampf 2013 und werden in den kommenden Sitzungen fortgesetzt. Das „Liberaler Bau-ABC“ soll dazu rasch weiterentwickelt werden.

11. Bundesfachausschuss Kultur

Vorsitz: **Dr. Rupert Graf Strachwitz**

Die zweite Amtszeit des 2009 neu eingerichteten Bundesfachausschusses Kultur dauerte wegen der Termine des Beginns und Endes der Tätigkeit nur knapp 1½ Jahre. In dieser Zeit trat der BFA Kultur dreimal zu Sitzungen zusammen: am 21./22. Oktober 2011 in München, am 22./23. Juni 2012 in Kassel und am 30. November/1. Dezember 2012 in Dresden. Alle Sitzungen wurden in ihren inhaltlich bestimmten Teilen gemeinsam mit der AG Kultur der Fraktionsvorsitzendenkonferenz durchgeführt, sodass sich Kompetenz und Breite der Gesichtspunkte wirksam ergänzen konnten.

Schwerpunktthemen der Sitzungen waren u. a.: in München eine Diskussion über das Bund-Länder-

Verhältnis in der Kultur. Staatsminister Heubisch gab hierzu ein Impulsreferat. In Kassel eine Diskussion zu der kurz vorher erschienenen und in den Medien viel und kontrovers diskutierten Publikation „Kulturinfarkt“. Einer der Autoren, Prof. Dr. Dieter Haselbach, führte in die Thematik ein. Und in Dresden eine Diskussion über die schwierige und komplizierte Situation der Musikschulen. Vertreter des entsprechenden Verbandes führten in die Diskussion ein.

Ferner beschäftigten die kulturellen Schwerpunkte der Arbeit der FDP durchgehend den BFA. Sie wurden für eine Aufnahme in das Wahlprogramm für 2013 in fünf Punkten zusammengefasst:

Kulturelle Bildung: Sie definiert die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft; sie ermöglicht Teilhabe, kulturelle Kommunikation und das Verständnis der komplexen historischen und gegenwärtigen Wirklichkeit.

Subsidiarität in der Kultur: Deutschland als Kulturland und Ort kultureller Freiheit hat nur eine Chance, wenn das Prinzip „Kultur von allen“ konsequent umgesetzt wird.

Eindeutige Regelung des Urheberrechts: Das Urheberrecht ist an die Erfordernisse einer medial, digital und international bestimmten Gesellschaft anzupassen, ohne die Eigentumsrechte der Schöpfer kultureller und wissenschaftlicher Werke zu verletzen.

Kultur im ländlichen Raum: Kultur als Ausdruck von Identität bedeutet in einer liberalen Gesellschaft, die kulturelle Vielfalt auch unter Berücksichtigung des ländlichen Raums zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Mehr Aufmerksamkeit für Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement: Wenn sich eine liberale Gesellschaft von ihren Bürgerinnen und Bürgern her definiert, muss eine Kultur der Selbstermächtigung und Selbstorganisation ermutigt und gefördert

werden. Dies gilt auch für ein politisches Mandat der Zivilgesellschaft.

Der BFA Kultur hat mehrfach der auch innerhalb der Partei kontrovers diskutierten Urheberrechtsthematik besondere Aufmerksamkeit gewidmet und hält an seinem schon 2011 formulierten Antrag an den Bundesparteitag zu diesem Thema fest.

12. Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Vorsitz:

Pfarrer/Dipl.-Volkswirt Dieter Kleinmann

Im Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind Mitglieder der Partei christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubens vertreten sowie Persönlichkeiten, die anderen Religionsgemeinschaften angehören.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Dr. Stefan Ruppert, Parlamentarischer Geschäftsführer und kirchenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, gewählt.

Schwerpunkte der Arbeit waren:

Deutscher Evangelischer Kirchentag in Dresden

Vom 1. bis 5. Juni 2011 fand in Dresden der 33. DEKT statt. Wie in den Jahren zuvor war die FDP unter der Federführung des Bundesfachausschusses mit einem eigenen Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. Mit beteiligt an diesem Stand mit der Firmierung „Liberale Perspektiven“ waren die Liberalen Senioren, die Liberalen Frauen, die Jungen Liberalen und der Liberale Mittelstand.

34. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Hamburg

Bei diesem Kirchentag vom 1. bis 5. Mai 2013, auf dem die FDP wieder mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ unter der Bezeichnung „Liberale Perspektiven“ vertreten ist, wird von der Geschäftsführung des Kirchentags erstmals auch die Möglichkeit angeboten, sich innerhalb des Marktgesche-



hens mit einem „Markt-Thema“ zu präsentieren. Gerne hat der Bundesfachausschuss dieses Angebot aufgegriffen und wird eine Veranstaltung zum Thema „Soziale Marktwirtschaft“ anbieten. Der dem Präsidium des Kirchentags vorgeschlagene Termin ist Donnerstag, 2. Mai 2013 von 14.30 bis 16 Uhr.

Einrichtung von Lehrstühlen für Islamische Studien/ Gründung und Besetzung von Beiräten für die Festlegung der konfessionellen Inhalte:

Der Bundesfachausschuss hat dazu folgenden Beschluss gefasst: Der FDP-Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften begrüßt mit Nachdruck die Einrichtung von Lehrstühlen für Islamische Studien an deutschen Universitäten (Tübingen, Münster und Osnabrück). Dies fördert zum einen den interreligiösen Dialog, vor allem auf wissenschaftlicher Ebene, und ermöglicht zum anderen eine wissenschaftlich qualifizierte Hochschulausbildung von Imamen und Lehrern für islamischen Religionsunterricht an Schulen.

Da es sich bei Lehrstühlen für Islamische Studien um konfessionell gebundene Einrichtungen handelt – vgl. Lehrstühle an Evangelischen und Katholischen Fakultäten – bedarf die Besetzung solcher Lehrstühle als auch die inhaltliche Ausrichtung der Lehre der Beteiligung islamischer Gruppen. Dies schon allein deshalb, weil der Staat und in Verbindung damit auch alle staatlichen Einrichtungen, wie z. B. die Universitäten, durch das Grundgesetz zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet sind. Während nun bei Evangelischen und Katholischen Fakultäten eine entsprechende Beteiligung und Mitsprache durch die jeweiligen Kirchen gegeben ist, fehlt eine solche Organisation im muslimischen Bereich. Daher empfiehlt der Bundesfachausschuss, in Verbindung mit der Einrichtung von Lehrstühlen für Islamische Studien Beiräte an den jeweiligen Hochschulen zu berufen, die durch die



Mitglieder des BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf dem 33. Evangelischen Kirchentag in Dresden.

Hochschulgesetzgebung der Länder und die jeweiligen universitären Ordnungen einen festen Rahmen erhalten sollen. Neben den in Moschee-Gemeinden organisierten und ihre über die Shura (Ratsversammlung, hier der Moschee-Gemeinden auf Länderebene) zu benennenden Repräsentanten sollten auch muslimische Religionsgelehrte, Islamwissenschaftler und qualifizierte Religionspädagogen, vornehmlich aus Deutschland und aus dem EU-Bereich, in die Beiräte berufen werden, um theologischen Sachverstand in seiner vielfältigen Gestalt zu gewährleisten. Außerdem muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass in Deutschland viele Muslime leben, die nicht in Moschee-Gemeinden organisiert sind. Diese sollten jedoch ebenfalls in angemessenem Umfang in den Beiräten für Islamische Studien vertreten sein, etwa durch muslimische Männer und Frauen als Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (siehe Vorschlag des Wissenschaftsrates).

Der Bundesfachausschuss schlägt vor, den Vorsitzenden des Beirats durch das Gremium selbst wählen und die Geschäftsordnung für den Beirat einvernehmlich durch den Beirat und die Universität verabschieden zu lassen. Die Geschäftsordnung sollte eine klare Konfliktregelung enthalten. Dies gilt insbesondere auch für das Berufungsverfahren bei der Besetzung von Lehrstühlen für Islamische Studien.

Neuregelung des Religionsverfassungsrechts

Der Vorsitzende des Landesverbandes und der Landtagsfraktion in NRW, Christian Lindner, hat bei der Sitzung im Januar 2013 angeregt, das Religionsverfassungsrecht des Grundgesetzes neu zu regeln. Der Bundesfachausschuss hat dieses Anliegen aufgegriffen und plant, dazu in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung eine Seminartagung mit Christian Lindner und Staatskirchenrechtlern durchzuführen.

13. Bundesfachausschuss Verkehrspolitik

Vorsitz: **Horst Friedrich**

Der Bundesfachausschuss Verkehrspolitik hat sich im Berichtszeitraum in insgesamt vier Sitzungen mit den Problemen der Verkehrssituation in Deutschland befasst:



08./09. Juli 2011, Langen, DFS-Campus:

Schwerpunkt in dieser Sitzung waren die Fragen der Luftfahrt, insbesondere die Entwicklung der Deutschen Flugsicherung und der Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main.

23./24. September 2011, Berlin, Bundestag:

In dieser Tagung lag der Schwerpunkt auf dem Thema Schienenverkehr mit einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der „Bahnindustrie“ und einer Besichtigung der Firma Knorr-Bremse in Berlin-Marzahn.

09./10. März 2012, Düsseldorf, Landtag:

Die Verkehrssituation in Nordrhein-Westfalen auf der Straße, der Schiene und den Wasserstraßen stand im Mittelpunkt dieser Sitzung.

21./22. September 2012, Berlin, Bundesgeschäftsstelle:

In der letzten Sitzung im Berichtszeitraum standen der Besuch der Bahnmesse Innotrans sowie die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung unserer Zuarbeit zum Bundestagswahlprogramm auf der Tagesordnung.

14. Kommission Internet und Medien

Vorsitz: **Hans-Joachim Otto**

Stellvertreter: **Alexander Alvaro, Ingrid Brand-Hückstädt**

Die Kommission Internet und Medien vereint hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden

und Wissenschaft zur Diskussion über aktuelle medienpolitisch relevante Themen. Dabei ist sie bestrebt, die jeweiligen Problemkomplexe pragmatisch zu analysieren und Lösungsvorschläge für die politische Praxis herauszuarbeiten. Sie unterstützt dabei die politische Willensbildung der FDP zu allen bedeutenden medien- und internetpolitischen Fragen.

Die Kommission wurde am 2. und 3. Dezember 2011 in Berlin für die Dauer von zwei Jahren konstituiert. Die Mitglieder werden von den 16 Landesverbänden der FDP, den Jungen Liberalen und der FDP-Auslandsgruppe Europa benannt. Die Kommission verfügt über eine große Anzahl ständiger Gäste und externer Fachleute aus den einschlägigen Branchen. Ferner wird die Kommission von neun unabhängigen Experten unterstützt, die von der Kommission gewählt worden sind. Diese sind Prof. Dr. Oliver Castendyk, Geschäftsführer Entertainment, Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen, Dr. Hermann Eicher, Justitiar des Südwestrundfunks, Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Juristische Fakultät der Universität Rostock, Dr. Hans Hege, Direktor der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB), Dr. Dietrich von Klaeden, Leiter Regierungsbeziehungen Axel Springer AG, Dr. Wolf Osthaus, Leiter Politik & Regulierung – 1&1 Internet AG, Prof. Michael Rotert, Vorstandsvorsitzender eco, Dr. Tobias Schmid, Bereichsleiter Medienpolitik RTL, VPRT-Vorsitzender, und Ulrike Seiler-Kapferer, Medusa Medienagentur.

In der aktuellen Wahlperiode wurden bisher vier Sitzungen abgehalten:

2./3. Dezember 2011, Berlin:

Schwerpunktthemen der ersten Sitzung waren „Digitale Gesellschaft – Diskussion zum Entwurf des Grundsatzprogramms der FDP“, die „Gebührensta-



Die FDP-Kommission für Internet und Medien zu Gast in Köln.

bilität bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten“, das Pressefusionsrecht sowie Cyberattacken und Hackerangriffe.

9./10. März 2012, München:

Bei der zweiten Sitzung standen unter anderem die EU-Datenschutzrichtlinie, die Zukunft der Verwertungsgesellschaften, Warnhinweismodelle gegen Urheberrechtsverletzungen und Normen und Standards auf der Tagesordnung.

6./7. Juli 2012, Berlin:

Die dritte Sitzung beschäftigte sich mit der Rolle kommunaler Unternehmen im Breitbandausbau, der Zukunft des Urheberrechtes in der digitalen Welt sowie der Vorbereitung der internet- und medienpolitischen Themen des FDP-Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2013.

30. November/01. Dezember 2012, Köln:

Auf der vierten Sitzung diskutierten die Teilnehmer u. a. über die Zukunft des Presse-Grosso, Netzneutralität und Qualitätsklassen, das Leistungsschutzrecht und die Tagesschau-App. Neben den genannten Themen beriet die Internet- und Medienkommission alle von Bundesparteitag an sie verwiesenen Anträge, brachte Anträge zu den Bundesparteitagen ein und beteiligte sich aktiv an der Arbeit der Programmkommission für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013.

Die Kommission legt hohen Wert darauf, die digitalen Medien mit derselben Intensität zu bearbeiten wie die traditionellen. Im Bereich der Medienpolitik ist es geboten, die analoge und die digitale Welt nicht separat zu betrachten, da Entscheidungen der Politik wie auch technologische Entwicklungen und die Bedingungen der Märkte stets Auswirkungen auf beide Bereiche haben.

15. Sportkommission

Vorsitz: **Detlef Parr**

Die Arbeit der Sportkommission musste wieder darauf ausgerichtet sein, den Stellenwert des Sports für die FDP herauszustellen und seine Bedeutung und Anerkennung innerparteilich zu steigern. Dabei stand die Erarbeitung sportpolitischer Grundsätze für die



Der Kommissionsvorsitzende Detlef Parr im Gespräch mit IOC-Vize Dr. Thomas Bach während der Olympischen Spiele in London.

Karlsruher Freiheitsthesen und das Bundestagswahlprogramm im Mittelpunkt.

Die Kriterien der Leistungssportförderung als Investition für zukünftige Erfolge zur Sicherung internationaler Konkurrenzfähigkeit fand volle Unterstützung – auch aufgrund von Aussagen von aktiven Teilnehmern an den Olympischen Spielen und den Paralympics auf einer Sitzung im Olympiastützpunkt Berlin.

Bei den Tischtennis-Weltmeisterschaften in Dortmund überzeugte sich die Kommission von der Wichtigkeit von Sportgroßveranstaltungen wie der Frauenfußball-, Schwimm- und Leichtathletik-WM, um deren Ausrichtung sich Deutschland auch in Zukunft bewerben sollte.

Die Kommission wandte sich auf einer Sondersitzung nachdrücklich gegen Gewalt in und um Sportstadien und begrüßte die Maßnahmen insbesondere von DFL und DFB. Sie lehnte die Finanzierung von Polizeieinsätzen durch die Vereine ab.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Sponsoring und Hospitality-Angebote als wesentliche Säulen der Finanzierung des Sports sollten verbessert, im Glücksspielstaatsvertrag der Sportwettenmarkt mit einem fairen Anteil des Sports an den Umsätzen stärker liberalisiert werden.

Die Kommission bedauerte, dass nach einer Reihe von Landtagswahlen die AG Sportpolitik bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz nicht mehr besteht, und setzte sich erfolgversprechend für eine Neueinsetzung ein.

16. Kommission Freiheit und Ethik

Vorsitz: **Roland A. Kohn**

Da der langjährige Vorsitzende Alexander Pokorny nicht mehr zur Verfügung stand, bestimmte der Bundesvorstand Roland A. Kohn (LV Baden-Württemberg) zu seinem Nachfolger; zu Stellvertretern wurden gewählt Christine Siegert-Anders (LV Niedersachsen) und Thomas Seerig (LV Berlin).

Die Kommission versteht sich als Plattform zur tabulosen Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen des Liberalismus.

Die Kommission arbeitete intensiv an den Karlsruher Freiheitsthesen mit. Diese Passage geht u. a. auf uns zurück: „Liberale Gesellschaftspolitik zielt darauf ab, die Lebenschancen der Bürger wachsen zu lassen. Das kann nur gelingen, wenn die Menschen sich aus der Unmündigkeit befreien, ihre Abhängigkeit von staatlich administrierten ‚Wohltaten‘ auf ein vernünftiges Maß begrenzen – also durch Selbstverantwortung und Eigenleistung an einer aktiven Bürgergesellschaft mitbauen, Freiheitsräume eröffnen und zugleich Verantwortung für sich selbst, für andere und für die Gemeinschaft übernehmen. Dies schafft erst jene Lebenschancen, die ein selbstbestimmtes und erfülltes Zusammenleben ermöglichen. Die Aktivierung der Bürgergesellschaft ist vor allem auch Voraussetzung, den Schwachen und Hilfebedürftigen jene Zuwendung und Mitmenschlichkeit zu geben, auf die sie in einer Gesellschaft der Freien und Gleichen Anspruch haben.“

Thematische Schwerpunkte der Tagungen waren die Freiheitspotenziale digitaler Medien, die Weiterentwicklung liberaler Gesellschaftspolitik, die Rolle des Staates, der verantwortungsbewusste Umgang mit Tieren sowie die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft.

Die vier Tagungen der Kommission mit ihren jeweiligen Referenten:

3./4. Februar 2012 – Potsdam. Prof. Dr. Mike Friedrichsen (Humboldt Media Business School, Berlin): „Das Freiheitspotenzial digitaler Medien“; Generalsekretär Patrick Döring: „Das neue Grundsatzprogramm der FDP“

1./2. Juni 2012 – Heidelberg. Roland A. Kohn: „Rückblick auf die Freiburger Thesen“; Dr. Werner Bruns: „Liberale Gesellschaftspolitik“; Dr. Christopher Gohl (Weltethos-Institut Uni Tübingen): „Liberale Gesellschaftspolitik zwischen Staat und Bürgergesellschaft“; Dr. med. vet. Corinna Würfel: „Nutztierhaltung – eine ethische Herausforderung“

5./6. Oktober 2012 – Kiel. Bundesjustizminister a. D. Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig: „Freiheit und Ethik im deutschen Verfassungsgefüge“; Dr. Gérard Bökenkamp (Liberales Institut): „Die Liberalen und der Staat“

1./2. Februar 2013 – Potsdam. Dr. Christel Hapbach-Kasan: „Die Tierschutzpolitik der FDP“; Tobias Scholl (TDH): „Die Beratungen zum Bundestagswahlprogramm“; Dr. Detmar Doering (Liberales Institut): „Soziale Marktwirtschaft und Ethik“; Gerhard Dieteler: „Ethik in der Sozialen Marktwirtschaft“

17. Programmkommission zur Bundestagswahl 2013

Vorsitz: **Patrick Döring**

Die Tinte der Karlsruher Freiheitsthesen ist kaum trocken, da ist die Freie Demokratische Partei wieder programmatisch gefragt. Denn während die Karlsruher Freiheitsthesen das liberale Projekt für ein bis zwei Jahrzehnte beschreibt, legt ein Wahlprogramm die liberalen Projekte und konkreten Vorhaben für die nächste Legislaturperiode fest. Dafür gilt es, die liberale Agenda über 2013 hinaus detailliert zu bestimmen.

Dazu hat, im Auftrag des Bundesvorstandes, bereits im Juni 2012 eine Programmkommission unter der Leitung von Generalsekretär Patrick Döring die Arbeit aufgenommen. In acht Sitzungen befasste sich die Kommission mit Gliederungssystematiken eines politischen Programms, Story-Telling und liberalem Narrativ, dem Vergleich eigener Wahlprogramme mit den Programmen der politischen Mitbewerber im In- und Ausland sowie Sprachanalysen und eigener Textarbeit. Die Experten der Partei wurden dabei eng eingebunden – die Bundesfachausschüsse, die Fachpolitiker der Bundestagsfraktion, die liberalen Vorfeldorganisationen und viele mehr.

Neben den Fachgremien hat die FDP im weiteren Verlauf aber auch wieder auf das versammelte Wissen und das große Engagement der gesamten liberalen Familie gesetzt. Wie schon seit 2002 üblich wurde dafür das Arbeitsdokument der Kommission Ende Januar 2013 veröffentlicht. Bis Ende Februar hatten alle interessierten Liberalen Gelegenheit, sich an der Programmarbeit zu beteiligen, Veranstaltungen zu organisieren oder zu besuchen und Änderungs- oder Ergänzungswünsche zu formulieren – egal ob Mitglied der FDP oder nicht. Dieses große und vor allem offene Gespräch zur programmatischen Ausrichtung war und ist gute liberale Tradition.

Damit alle Interessierten sich noch einfacher in die Diskussion des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2013 einbringen konnten, wurde in Zusammenarbeit mit der AG Parteientwicklung eine vollkommen neue Beteiligungsplattform für das Internet entwickelt. Auf dieser Plattform können seit Ende Januar 2013 unter anderem Anregungen zum Programm entwickelt, koordiniert und abgestimmt werden. Damit bietet die FDP Möglichkeiten zur Beteiligung, wie sie in dem Umfang und der Funktionalität keine andere Partei anbietet (siehe AG Parteientwicklung, Seite 34).

Seit dem Abschluss der öffentlichen Diskussion wird das Arbeitsdokument von der Programmkommission unter dem Eindruck und mit den Beiträgen aus der öffentlichen Debatte überarbeitet. Diesen angepassten Entwurf wird die Programmkommission Mitte März 2013 dem Bundesvorstand vorlegen, damit dieser darüber berät und den Entwurf kommissarisch als Leitantrag zum außerordentlichen Bundesparteitag am 4. und 5. Mai 2013 in Nürnberg einbringt. Von der Erstellung des Antragsbuches bis zum außerordentlichen Bundesparteitag greift der gewohnte Antragsweg, bevor das Wahlprogramm in Nürnberg gemeinsam beraten und beschlossen wird.

18. Arbeitsgruppe Datenschutz

Leitung: **Gisela Piltz**

In unserer Informationsgesellschaft stellen das Internet und rasante technische Entwicklungen den Datenschutz und auch die Politik vor große Herausforderungen. Deshalb hat das Präsidium eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Wege aufzeigt, wie liberale

Datenschutzpolitik heute gestaltet sein kann. Die Arbeitsgruppe Datenschutz hat dazu in verschiedenen Sitzungen ein abschließendes Papier erarbeitet, das dem Bundesvorstand zur Befassung vorgelegt wurde. Die Beratung findet erst nach Redaktionsschluss statt.

19. Arbeitsgruppe zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Leitung: **Stefan Birkner, Patrick Döring**

Am 25. Juni 2012 wurde mit Beschluss des Bundesvorstandes die Arbeitsgruppe Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) unter der Leitung von Dr. Stefan Birkner und Patrick Döring eingesetzt. In fünf Sitzungen entwickelten die Mitglieder der AG EEG bis zum 17. September 2012 ein Gesamtkonzept zur Reform des EEG. In einem ersten Schritt sollten schnell Kosten bremsende Maßnahmen im Rahmen der EEG-Systematik umgesetzt werden. Dazu zählten insbesondere die Entwicklung automatischer Kostenbremsen („Strompreisbremse“) und die Direktvermarktung von erneuerbaren Energien.

Langfristig soll hingegen das EEG in ein – nach Möglichkeit europäisch integriertes – Mengenmodell überführt werden. Das bedeutet, die Entwicklung von erneuerbaren Energien wird nicht mehr – wie bisher – über hohe Garantiepreise gefördert, die dann der Stromkunde über seine Rechnung zahlt. Sondern die Energieversorgungsunternehmen werden verpflichtet, ihren Kunden einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien zu verkaufen.

Das Konzept der AG EEG wurde am 27. September 2012 durch das Präsidium beraten und beschlossen und in der Bundespressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Idee der Strompreisbremse und die Direktvermarktung für Anlagen mit mehr als 150 kW Leistung soll bis zum 1. August 2013 Gesetz werden.

20. Arbeitsgruppe Parteientwicklung

Leitung: **Patrick Döring**

Zum Karlsruher Bundesparteitag wurden insgesamt vier Anträge eingereicht, die die Themen innerparteiliche Organisation, Kommunikation und Beteiligung aufgriffen und Anregungen gaben, wie sich die Freie Demokratische Partei der Zukunft strukturell weiterentwickeln könnte. Diese Anträge nahm der Bundesvorstand zum Anlass, Generalsekretär Patrick Döring mit der Einsetzung und Leitung einer Arbeitsgruppe zu beauftragen, die neben den führenden Antragstellern aus vier Landesgeschäftsführern, Frank Schäffler und einer Vertreterin der Jungen Liberalen (JuLis) besteht. Der Vorsitzende des Bundessatzungsausschusses, Thomas Taeglichbeck, steht dem Gremium beratend zur Seite.

In der konstituierenden Sitzung wurden zwei Themen als dringlich identifiziert: Erstens die Diskussion über mögliche Satzungsänderungen, die sich aus den Originalanträgen ergeben würden. Zweitens die Fortführung des Software-Einsatzes zur Vorbereitung von Bundesparteitagen. Hierfür wurde eigens eine Unterarbeitsgruppe unter der Leitung von Manuel Höferlin und Jimmy Schulz eingesetzt, um einen Anforderungskatalog für technische Lösungen zur Stärkung innerparteilicher Demokratie zu erarbeiten.

Die Arbeitsgruppe entwickelte einen technischen und inhaltlichen Anforderungskatalog für eine entsprechende Softwarelösung. Dabei wurden auch satzungstechnische Beschränkungen berücksichtigt, die gegenwärtig keine verbindliche Onlineabstimmung erlauben. Der Abgleich des Anforderungskataloges mit vorhandenen Angeboten zeigte schnell, dass keine vorhandene Software den Erfordernissen der FDP entsprach. Vor diesem Hintergrund wurde in der zweiten Sitzung der AG Parteientwicklung das Thomas-Dehler-Haus mit der Entwicklung einer Programm- und Beteiligungssoftware beauftragt, die im Januar 2013 erstmalig zur Beratung über das Bundestagswahlprogramm zum Einsatz kam.

Nach Vorbereitung durch den Generalsekretär und verschiedene Mitglieder wurden auf der dritten

Sitzung der Arbeitsgruppe insgesamt fünf Empfehlungen für Satzungsänderungsanträge beschlossen, um die Beteiligung von Mitgliedern zu vereinfachen. Der Bundesvorstand folgte den Vorschlägen der Arbeitsgruppe und stellt auf dem außerordentlichen Bundesparteitag in Nürnberg im Mai 2013 Satzungsänderungsanträge u. a. für ein allgemeines Rede-recht für alle FDP-Mitglieder auf Bundesparteitagen sowie die Einführung von „Basis-Anträgen“ zur Abstimmung.

Bei der vierten Sitzung standen die Themen Frauen und Diversity sowie Unterstützung der ehrenamtlichen Verbandsarbeit im Fokus. Grundlage der Debatte war dabei eine umfangreiche Mitgliederbefragung, die vom Thomas-Dehler-Haus in der Zeit von Anfang Oktober bis Mitte November 2012 erhoben worden war. Insgesamt mehr als 1.400 Teilnehmer hatten dabei unter anderem Auskunft darüber gegeben, wie sie Beteiligungsmöglichkeiten in der FDP bewerten und verbessern möchten.

Die Ergebnisse dieser und aller vorherigen Sitzungen werden zum außerordentlichen Bundesparteitag in Nürnberg in einem umfassenden Bericht der Partei vorgestellt und sollen im Sommer 2013 breit in der Partei diskutiert werden. Nach der Bundestagswahl wird die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, um neben den jetzt kurzfristig ergriffenen Maßnahmen auch mittel- und langfristige Schritte einzuleiten und damit die FDP noch vielfältiger, lebendiger und professioneller zu machen.

Anfang 2013 wurde unsere Programm- und Beteiligungssoftware auf dem liberalen Sozialen Netzwerk „meine freiheit“ umgesetzt und vorgestellt. Zukünftig wird allen Mitgliedern die Mitarbeit an Wahl- und Grundsatzprogrammen sowie Positionspapieren erleichtert. Auch die formale Einreichung von Änderungsanträgen kann hierüber erfolgen.



Große Zustimmung zum Grundsatzprogramm auf dem 63. Ordentlichen Bundesparteitag in Karlsruhe.

III. LIBERALES VORFELD

1. Bundesverband Junge Liberale

Vorsitz: **Lasse Becker**

Der 43. Bundeskongress der Jungen Liberalen im Herbst 2011 in Oldenburg stand unter dem Motto „Wie es euch gefällt“. Bewusst hat sich der Bundesvorstand dazu entschieden, keinen eigenen Leitantrag einzubringen, um so mehr Raum für die Anträge aus den Landesverbänden zu lassen. Zur Verbesserung der Organisation und um auf die Wünsche der Teilnehmer besser eingehen zu können, führt der Bundesverband nach jedem Bundeskongress eine ausführliche Evaluation durch. Die Rückmeldungen darauf fließen direkt in die Planungen ein.

2012 verbreiterte der Bundesvorstand der Jungen Liberalen das Angebot an Kommunikationsmöglichkeiten weiter. Neben den regelmäßigen BuVo-Chats finden am Rande von Bundesvorstandssitzungen immer häufiger „BuVo Speed-Datings“ statt. Hier haben Mitglieder und Interessenten im Rahmen des Konzepts des politischen Speed Datings eine weitere Möglichkeit, direktes Feedback zu geben.

Natürlich wurde auch das Engagement in den sozialen Netzwerken, wie Facebook und Twitter, weiter ausgebaut. Auch hier findet ein ständiger Evaluationsprozess statt, um die Wirksamkeit der Social-Media-Aktivitäten zu überprüfen.

Neben der Mitarbeit in den Gremien zur Erarbeitung des neuen FDP-Grundsatzprogramms beteiligen sich die Jungen Liberalen ebenfalls an der Erarbeitung des FDP-Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2013.

Im Frühjahr 2012 fand in Saarbrücken der 44. Bundeskongress statt. Unter dem Leitmotiv „Liberté. Tolérance. Démocratie.“ diskutieren die JuLis ihre Vorstellung einer liberalen Demokratie.



Der Bundesvorsitzende Lasse Becker trägt symbolisch die Schuldenlast der jungen Generation.

Im Juli 2012 führten die Jungen Liberalen einen Aktionsmonat, den Schuldenjuli, durch. In ganz Deutschland beteiligten sich Kreis- und Ortsverbände vor Ort mit verschiedenen Aktionen, um auf die steigende Schuldenlast des Landes aufmerksam zu machen. Zum Auftakt der bundesweiten Aktionen zog der Bundesvorsitzende einen meterhohen Schuldenberg durch Berlin zum Brandenburger Tor.

Vor dem 45. Bundeskongress in Halle/Saale bestimmten die Mitglieder der JuLis das Thema des Leitantrags erstmals selbst. Unter dem Motto „Deutschland. Ohne Schulden. Frei.“ diskutierten die JuLis die Schuldenproblematik und machten konkrete Sparvorschläge für den Bundeshaushalt. Gemeinsam mit der Jungen Gruppe der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag arbeiten die JuLis weiter an einem schuldenfreien Haushalt ab 2014.

In das Jahr 2013 starteten die Jungen Liberalen mit einer Mitgliederkampagne mit dem Slogan „Das sehe ich anders!“ Kern dieser Kampagne ist eine klare Abgrenzung liberaler Positionen von denen der politischen Mitbewerber. Dazu haben die Jungen Liberalen eigens ein komplett neues Werbemittel entwickelt, das Flyer und Give-Away kombiniert.

Mit Blick auf die Bundestagswahl Ende 2013 wird der 46. Bundeskongress stattfinden. Unter dem Motto

„Das sehe ich anders!“ wird voraussichtlich das Bundestagswahlprogramm der Jungen Liberalen beraten und beschlossen werden. Das Wahlprogramm wurde in verschiedenen Seminaren, Workshops und einer Winterakademie von den Mitgliedern der JuLis erarbeitet und auf www.meine-freiheit.de diskutiert. Zum Bundeskongress geht die Homepage www.julis.de mit einem neuen Design online. Die neue Homepage wird ein „Responsive Design“ besitzen, passt sich also dem jeweiligen Endgerät an und sorgt so für einen höchstmöglichen Bedienkomfort. Als erster politischer Jugendverband werden die JuLis politisch interessierten Menschen die Möglichkeit bieten, direkt auf ihrem Smartphone durch eine eigens entwickelte JuLi-App Informationen rund um die Arbeit der Jungen Liberalen zu erhalten.

Wie schon 2009 planen die Jungen Liberalen auch zur Bundestagswahl 2013 wieder einen professionellen, engagierten und jugendlichen Wahlkampf und freuen sich darüber auch über Spenden.

2. Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker

Vorsitz: **Oberbürgermeister Wolfram Dette**

Das kommunalpolitische Wissen und die Erfahrung der kommunalen Mandatsträger und liberalen Bürgermeister zu bündeln, politische Positionen zu erarbeiten und diese kommunale Ebene in der Partei, aber auch in den kommunalen Spitzenverbänden zu repräsentieren, ist die Aufgabe der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker mit ihrem Bundesverband und 16 Landesverbänden. Der VLK kommt dabei eine wichtige Vermittlerrolle zu. Von der Basis, sprich den Ratsfraktionen und den einzelnen Kommunalpolitikern, über die Landesverbände/Landtagsfraktionen, die Bundespartei/Bundestagsfraktion bis zu den Vertretern im Europaparlament.

Engen Kontakt gibt es inzwischen zu der von der kommunalpolitischen Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Dr. Birgit Reinemund geleiteten AG Kommunalpolitik sowie auch zum Europaabgeordneten Michael Theurer, um auch kommunalre-

levante Themen in der Arbeit der EU-Fraktion zu berücksichtigen.

Seit ihrer Gründung 1982 ist die VLK nicht müde geworden, den Stellenwert liberaler Kommunalpolitik deutlich zu machen. Von der engagierten Arbeit der VLK in den Jahren 2011 und 2012 zeugen eine Vielzahl von Beschlüssen und Thesenpapieren beispielsweise zur Novellierung des Baugesetzbuches und der Baunutzungsverordnung, zu einem Sofortprogramm für Schulfördervereine in Grundschulen, gegen die Ausweitung der Maut auf PKWs und Busse, zur Bedeutung Europas für die kommunale Ebene und zu vielen anderen Themen mehr.

Die Bundesdelegiertenversammlungen fanden turnusgemäß am 7./8. Oktober 2011 in Berlin und am 5./6. Oktober 2012 in Baden-Baden statt. Diesen Termin nutzte die VLK für eine Feierstunde anlässlich des 30. Jubiläums der Bundes-VLK. Um dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, wirklich zeitgemäß zu sein, überarbeitet derzeit der Kommunalpolitische Beirat die Kommunalpolitischen Leitlinien von 1987, um diese später dem VLK-Bundesvorstand zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Bundesvorstand und der Kommunalpolitische Beirat der VLK tagten mehrfach in Baden-Baden, Berlin, Brüssel, Hamburg und Wetzlar. Dabei befasste sich der Bundesvorstand auch mit der Vorbereitung und Auswertung von Kommunalwahlen, der Entwicklung der Landesvereinigungen, der Optimierung der Arbeit der VLK auf Bundesebene sowie der Zukunft der kommunalpolitischen Zeitschrift „das rathaus“.

Die VLK und die kommunalpolitische Zeitschrift „das rathaus“ präsentieren sich regelmäßig mit einem gemeinsamen Stand auf den Bundesparteitagen der FDP. Zahlreiche Delegierte informieren sich über das Angebot der VLK und tauschen sich über kommunalpolitische Themen aus.



Jochen Dürrmann, stellvertretender Vorsitzender der VLK, Wolfram Dette, OB Wetzlar und Vorsitzender der VLK, Gabriela Büssemaker, Vorsitzende des Kommunalpolitischen Beirats, in Baden-Baden.

3. Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand

Vorsitz: **Thomas L. Kemmerich**

Die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e. V. hat in den vergangenen zwei Jahren ihre positive Entwicklung weiter fortgesetzt. Mehr als zehn neue Regionalverbände sind gegründet worden. Die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e. V. hat ihren Sitz in Berlin und unterhält dort eine personell besetzte Bundesgeschäftsstelle.

Die Landes- und Regionalverbände entwickelten eine Vielzahl neuer Veranstaltungsformate und führten zahlreiche Veranstaltungen mit FDP-Parlamentariern aller Ebenen durch. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wurde weiter fortgesetzt. Zudem fanden mehrere Treffen mit dem „Gesprächskreis Mittelstand“ der FDP-Bundestagsfraktion unter dem Vorsitz von Claudia Bögel statt. Die sachpolitische Beratung wurde intensiviert, indem zusätzlich zu den regelmäßig alle zwei bis drei Monate stattfindenden Bundesvorstandssitzungen monatliche Telefonkonferenzen abgehalten wurden.

Im November 2011 nahmen über 350 Interessierte aus ganz Deutschland unter dem Motto „Chancen ergreifen“ am 7. Deutschen Mittelstandstag in Stuttgart teil. Das facettenreiche Programm umfasste eine Fachausstellung mit mehr als 25 Ausstellern, Informationsvorträge, mehrere Workshops und Info-



Die Mitglieder des Vorstandes der Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand.

Lounges sowie eine Podiumsdiskussion, in der das Thema Bildungspolitik eine zentrale Bedeutung einnahm. Dabei forderten die anwesenden Unternehmer, dass Bildung sich mehr an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren muss.

Im Mittelpunkt der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) 2011 stand neben der Beratung inhaltlicher Anträge die Neuwahl des Bundesvorstandes. Als Nachfolger des Vorsitzenden Dr. Heinrich Kolb, der für dieses Amt nicht mehr angetreten war, wählten die Delegierten den Erfurter Unternehmer und Landtagsabgeordneten Thomas L. Kemmerich. Ein weiterer Höhepunkt der BDK 2011 war die Gastrede des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dirk Niebel. Dabei berichtete er über die Notwendigkeit des Aufbaus nachhaltiger Strukturen zusammen mit der deutschen Privatwirtschaft.

Unter dem Motto „Märkte und Mee(h)r – Mittelstand auf Expansionskurs“ fand im November 2012 der 8. Deutsche Mittelstandstag in Hamburg statt. Die aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten Gäste nutzten die zahlreichen Vorträge, Workshops sowie die mit hochkarätigen Referenten aus Bundes- und Landespolitik besetzten Talkrunden für intensive Gespräche. Unter anderem wurden die Themen Schifffahrt, Versicherungspflicht für Selbstständige und Entwicklung der unternehmerischen Freiheit diskutiert.

Auf der 11. BDK am 17. November 2012 verabschiedete der Verband einen Leitantrag „Wirtschaftspolitik für den Mittelstand“ mit Forderungen zur Entlastung und Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen. Die Delegierten befürworteten eine weitere Privatisierung der HHLA zur Finanzierung des Hamburger Hafens und sprachen sich für die Gründung eines liberalen europäischen Unternehmerverbandes aus.

Der Internetauftritt www.liberaler-mittelstand.de wurde weiterentwickelt und um einen internen Mitgliederbereich erweitert. Zusätzlich informiert der facebook-Auftritt des Verbandes über aktuelle Meldungen und Termine. Mit der Schaffung eines einheitlichen Erscheinungsbildes und der Vereinheitlichung der Werbemittel werden sukzessive alle Landesbände in ein einheitliches Markenbild integriert.

Mit der Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen, darunter den Bundes- und Landesparteitagen der FDP sowie den Evangelischen Kirchentagen, zeigte der Verband sowohl inner-, als auch außerhalb der FDP Präsenz und lud zum Dialog ein.

4. Bundesvereinigung Liberale Frauen

Vorsitz: **Doris Buchholz**



Die Bundesvereinigung Liberale Frauen präsentierte eine Aktion auf dem 63. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP in Karlsruhe.

Die Bundesvereinigung Liberale Frauen hat ca. 1.000 Mitglieder. Es gibt Landesvereinigungen in allen Bundesländern.

Schwerpunkt der Arbeit der Bundesvereinigung Liberale Frauen e. V. war in den letzten beiden Jahren die Steigerung des Frauenanteils in den Gremien der FDP und auf den Listen zu öffentlichen Wahlen.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Abbau von Benachteiligungen von Frauen in der Arbeitswelt. Nach wie vor verdienen Frauen oftmals bei gleicher Arbeit weniger als ihre männlichen Kollegen. Teilzeitjobs und vor allen Dingen die Minijobs stellen sich im Alter als die Armutsfalle Nr. 1 heraus. Die Liberalen Frauen haben Maßnahmen gefordert, um diese Benachteiligungen zu beseitigen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Einführung von Zeitgrenzen bei Minijobs und gezielte Förderung beim Wiedereinstieg sind nach Ansicht der Liberalen Frauen Maßnahmen, die helfen können, diese Benachteiligungen abzubauen. Auch die Anpassung der Kinderbetreuung an die Realitäten des Arbeitsmarktes ist nach Ansicht der Liberalen Frauen überfällig.

In Führungspositionen in der Wirtschaft sind Frauen in Deutschland erheblich unterrepräsentiert. Thema der Beratungen war auch die Beteiligung von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft. Sibylle Laurischk war Mitinitiatorin der Berliner Erklärung; Doris Buchholz gehörte zu den Erstunterzeichnerinnen.

Die Liberalen Frauen werden sich auch weiter dafür einsetzen, dass die Frauen innerhalb der FDP an den

Entscheidungen beteiligt werden. Politik mit Frauen und Politik für Frauen ist nach wie vor eine Baustelle in der FDP.

5. Bundesverband Liberale Senioren

Vorsitz: **Detlef Parr**

Seit den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen verzeichnet die FDP den größten Stimmenzuwachs bei der Altersgruppe der über 60-Jährigen. An dieser erfreulichen Entwicklung haben die Liberalen Senioren (LiS) in den Ländern und im Bund ihren Anteil.

Sie haben frühzeitig eine Aktion „Standfeste Liberale“ ins Leben gerufen und die Fragen von Stil und Anstand im Umgang miteinander zum Thema gemacht. In der „Stuttgarter Erklärung“ zum 10-jährigen Bestehen des Bundesverbandes finden sich die Eckpunkte liberaler Politik für die Älteren, nach denen wir unter dem Motto „Die Zukunft gestalten mit der Erfahrung von gestern“ handeln. In Teilen sind sie auch in die „Karlsruher Freiheitsthesen“ und in den Programmentwurf für die Bundestagswahlen 2013 eingeflossen.

Die Mitglieder der LiS haben bei vielen Veranstaltungen Gesicht gezeigt. Als Beispiele seien die Parteitage der FDP, Kirchentage, Fachtagungen und Fachkommissionen der BAGSO, der Deutsche Senorentag und die Bundesfachausschüsse genannt. Der Bundesvorsitzende wurde in eine Expertenkommission bei der Antidiskriminierungsstelle der Bundesregierung berufen – liberaler Rat ist gefragt, hoffentlich zukünftig auch verstärkt in den Führungsgremien der Partei. Ohne die Anerkennung der Leistung der Älteren ist kein Staat zu machen.

Die LiS sind dankbar für die nachhaltige Unterstützung durch die Bundesgeschäftsstelle (Heidrun Tampe) und die Bundestagsfraktion (Nicole Bracht-Bendt). Zwei Kongresse zu den Themen „Flexibler Renteneintritt“ und „Selbstbestimmt. In jedem Alter“ fanden große Aufmerksamkeit. Mit dem Antrag „Altersbilder positiv fortentwickeln“ setzten die Regierungsfractionen auch einen Akzent im Deutschen Bundestag. Die neu eingerichtete Runde der Vorfeldorganisati-



Die Mitglieder des Vorstandes der Bundesvereinigung Liberale Senioren.

onen bei Generalsekretär Patrick Döring stärkt den Gedankenaustausch und den Zusammenhalt.

Die Homepage der LiS wird rege besucht, und der „Seniorenbrief“ sorgt für interne Informationen. Die Mitgliederentwicklung geht langsam voran. Unsere Forderung nach einem rechtzeitigen Altersmanagement in der Gesellschaft zeigt, dass auch die Jüngeren altern und nicht erst hochbetagt bei den LiS willkommen sind – ganz nach dem Motto des Europäischen Jahres 2012 „Für aktives Altern und die Solidarität zwischen den Generationen“.

6. Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen

Vorsitz: **Josephine Dietzsch**

Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG) ist der Dachverband von 68 Gruppen liberaler Studierender an Hochschulen in der gesamten Bundesrepublik. Zu seinen Hauptaktivitäten zählen die inhaltliche und organisatorische Unterstützung der Liberalen Hochschulgruppen vor Ort, die Organisation von Kongressen und Seminaren zur politischen Bildung, programmatischen Weiterentwicklung und Vernetzung von liberalen Studierenden sowie die Begleitung hochschulpolitischer Entwicklungen durch Pressemitteilungen und Teilnahme an Sitzungen und Anhörungen politisch relevanter Akteure. In den vergangenen zwei Jahren wurden Kongresse in Dresden, Darmstadt, Würzburg und Bonn ausgerichtet. Darüber hinaus fanden zahlreiche Seminare statt, welche den Liberalen Hochschulgruppen beim Erarbeiten einer breiten Beschlusslage halfen. Als liberaler Verband unterhält der LHG enge Beziehungen zur FDP, um gemeinsame Ziele in Bildungs- und Hochschul-

politik voranzubringen. Insbesondere nehmen die Bundesvorsitzende und die Vorstandsmitglieder an Bundesvorstandssitzungen, Bundesparteitage und Bundesfachausschüssen sowie Arbeitskreisen teil. Im Dezember 2012 wurde der Verband 25 Jahre alt, was der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen gemeinsam mit der FDP-Bundestagsfraktion bei einem Fraktionsempfang Mitte Januar 2013 feierte.

Im Rahmen der Grundsatzdebatte hat der LHG die Debatte im Bereich der Hochschulpolitik maßgeblich unterstützt, unter anderem durch die Teilnahme am Programmforum Bildung und zahlreiche Änderungsanträge. Kontakte bestehen auch zu den Jungen Liberalen, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, dem Verband Liberaler Akademiker, dem Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten und anderen liberalen Verbänden. Auch international pflegt der LHG gute Kontakte, vor allem zu der liberalen europäischen Jugenddachorganisation LYMEC und dem europäischen liberalen Studentennetzwerk ELSN. Darüber hinaus trifft sich der LHG regelmäßig auf nationaler Ebene mit anderen studentischen Verbänden sowie hochschulpolitischen Akteuren der Länder und des Bundes.

In den Jahren 2011 bis 2013 nahmen die Vorstände unter Führung von Kristina Kämpfer (Januar 2011 bis Januar 2012) und Josephine Dietzsch (seit Januar 2012) diese Aufgaben wahr. Besonders stark hat sich der Verband programmatisch aufgestellt, indem er sich im Sommer 2012 ein neues Grundsatzprogramm gab. Zentrale Themen sind dabei der Bologna-Prozess, das studentische Leben(sumfeld) sowie die Freiheit von Forschung und Lehre. Die Unterstützung der Mitgliedsgruppen stellt im Rahmen des Bologna-Prozesses sowohl für den LHG auf Bundesebene als auch die Gruppen vor Ort eine Herausforderung dar, welche in den vergangenen zwei Jahren erfolgreich gemeistert wurde. Derzeit sind liberale Studierende deutschlandweit stark in den studentischen und akademischen Gremien beteiligt.



Zum 25-jährigen Bestehen der LHG organisierte die FDP-Bundestagsfraktion einen Empfang mit dem Vorstand der LHG und Alexander Graf Lambsdorff, Vorsitzender der liberalen Fraktion im Europaparlament, und Patrick Meinhardt, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

IV. BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

1. Stabsstelle Politische Planung, Programm und Analyse

Leiter: **Dr. Christopher Gohl** (bis 30. Juni 2012)
Dr. Dennis Schmidt-Bordemann (seit 1. Juli 2012)

Aufgabe der Stabsstelle für Politische Planung, Programm und Analyse ist die strategische und politische Unterstützung der Führungsgremien unserer Partei. Diesem Auftrag entsprechend erarbeitet die Stabsstelle – seit Juni 2012 als direkt dem Generalsekretär zugeordnete Arbeitseinheit – Analysen tagespolitischer und langfristiger Entwicklungen, entwickelt strategische Konzepte und begleitet die programmatische Entwicklung der Partei.

Entscheidend ist dabei, unser gemeinsames Ziel einer schlagkräftigen und erfolgreichen FDP in den politischen Alltag zu übersetzen. Deshalb arbeitet die Stabsstelle an der intensiven Koordinierung der verschiedenen Arbeitsebenen mit und erarbeitet eine Themen- und Vorhabenplanung für die Parteizentrale.

Ein weiteres wesentliches Element der strategischen Ausrichtung und Steuerung der FDP ist die inhaltliche Positionierung. Welche gesellschaftlichen Probleme sollten wir mit welcher Priorität aufgreifen? Mit welchen Fakten, Argumenten, Prinzipien und Perspektiven begründen wir unser liberales Politikangebot, und wo müssen wir unsere Positionen weiterentwickeln?

Die Betreuung der Grundsatzprogrammdebatte der FDP war deshalb eine der zentralen Aufgaben der Stabsstelle in den vergangenen Jahren. Ein Prozess, an dem sich in Veranstaltungen und im Internet insgesamt über 5.000 Liberale beteiligt haben und der deutlich gezeigt hat, dass die FDP eine offene und lebendige Partei ist. Mit den Karlsruher Freiheitsthesen, beschlossen auf dem 63. Ord. Bundesparteitag, geben wir liberale Antworten auf die Herausforde-



Konstruktive Diskussion während der Grundsatzwerkstatt in München.

runge des 21. Jahrhunderts. Auf Basis des Grundsatzprogramms konzipierte, organisierte und betreute die Stabsstelle in der Folge auch den Entstehungsprozess des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2013 (siehe Programmkommission, Seite 32).

Aufgabe strategischer Steuerung ist auch stets der Blick auf die Beschaffenheit der eigenen Strukturen: Kann die FDP ihre Ziele mit der momentanen Struktur erreichen? Wie will die FDP Vorreiter bei der Beteiligung der eigenen Mitglieder und der interessierten Öffentlichkeit bleiben? Wie stellen wir Liberalen uns die Bürgerpartei der Zukunft vor?

Unter diesen Maßgaben entwickelt die Stabsstelle Konzepte zur Organisationsentwicklung der FDP und betreut die Arbeitsgruppe Parteientwicklung unter dem Vorsitz des Generalsekretärs (siehe AG Parteientwicklung, Seite 34).

Neben diesen Hauptaufgaben der Stabsstelle ergeben sich mannigfaltige Querschnittsaufgaben für die tägliche Arbeit. Um nur einige zu nennen: inhaltliche Zuarbeiten zu Pressemitteilungen, die Vorbereitung von Reden, Artikeln und Namensbeiträgen sowie von Beschlüssen des Präsidiums und des Bundesvorstandes. Hinzu kommt die Zuarbeit für die inhaltliche und strategische Vorbereitung von Kampagnen. Mit ihren insgesamt vier Mitarbeitern wirkt die Stabsstelle so daran mit, die Führung der FDP zu entlasten und die FDP strategisch und offensiv zu positionieren.

2. Abteilung Dialog und Kampagnen

Leiter: **Thomas Scheffler** (bis 29. Februar 2012),
Andreas Pauker (seit 1. März 2012)

Die Hauptaufmerksamkeit der Abteilung „Dialog und Kampagnen“ (DuK) liegt auf der Kampagnenplanung und deren Umsetzung (siehe Kapitel „Kampagnen und Internet“, Seite 10) sowie auf der Zusammenarbeit und dem Dialog mit den Gliederungen vor Ort. Dabei gilt es, die Schwerpunkte liberaler Politik so aufzubereiten, dass sie die Menschen direkt ansprechen und eine hohe Zielgruppenwirkung entfalten. Die Abteilung erarbeitet Konzepte für Kampagnen, formuliert Briefings für die Agenturpartner, entwickelt Ideen und Vorschläge für Aktionen vor Ort, liefert Argumentationsmittel und Kampagnenleitfäden. Die Abteilung bietet sowohl allen Arbeitseinheiten der Bundesgeschäftsstelle als auch allen Parteigliederungen ihre Unterstützung bei der Umsetzung des Corporate Designs an. Die DuK pflegt die Profile der Partei in den Onlinetzwerken Facebook, Google+, Twitter, YouTube, Flickr und Xing. Außerdem unterstützt die Abteilung die wahlkampf führenden Landesverbände bei der Erarbeitung von Aktionen, Werbemaßnahmen und Mailings.

Zur Abteilung gehört seit 2011 auch das MitMach-Zentrum (MMZ) der Bundesgeschäftsstelle. Es ist erster Anlaufpunkt für alle, die sich aus erster Hand über die Positionen der FDP informieren möchten und damit ein Herzstück des offenen Dialogs der Bundespartei. Neben unseren studentischen Mitar-



Das Startmotiv der Wachstumskampagne anlässlich der Grünen Woche in Berlin.



Eine Vielzahl von Werbemitteln stellte die Abteilung Dialog und Kampagnen den Untergliederungen zur Verfügung.

beitern waren dort im Berichtszeitraum 40 freiwillige Unterstützer tätig.

Neben Tausenden Briefen, Faxen und Anrufen gingen im Berichtszeitraum rund 50.000 Anfragen per E-Mail ein. Für eine schnelle Bearbeitung wurden die Dialogmanagementprozesse neu strukturiert und fortlaufend optimiert. Die Abteilung verfasste zudem 100 Ausgaben des „frei-briefs“, durch den mehr als 30.000 Abonnenten über Neuigkeiten aus der Partei informiert werden.

Ebenfalls zu den Aufgaben der Abteilung gehört die Betreuung der Besuchergruppen. Im Berichtszeitraum besuchten die Bundesgeschäftsstelle über 5.000 Menschen in über 100, teils internationalen Besuchergruppen. Die Abteilung „Dialog und Kampagnen“ unterstützt außerdem die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker administrativ und betreute bis 2013 die Bundesfachausschüsse mit insgesamt weit über 800 Mitgliedern.

Im Berichtszeitraum hat die Bundespartei zwei Bundesparteitage, drei Regionalkonferenzen und sechs Grundsatzwerkstätten abgehalten, die von der Abteilung inhaltlich und mit Informationsständen begleitet wurden. Hier konnten die Mitglieder und Besucher mit den Referenten der Abteilung ins Gespräch kommen und ihre Anregungen direkt an die Bundesgeschäftsstelle herantragen.

Auch die supranationale Partearbeit gehört zu den Aufgaben der Abteilung. Sie unterstützte die Delegationen zu den ELDR/ALDE-Kongressen in Palermo und Dublin, jene zu den Ratssitzungen in Dresden und Eriwan und zu den LI-Kongressen in Manila und

Abidjan. In Kooperation mit der ELDR/ALDE richtete sie eine Informationsveranstaltung zur Entwicklungszusammenarbeit aus und wirkt aktiv in dem beim Generalsekretär angesiedelten Koordinierungskreis „Internationale Parteiarbeit“ mit. Die Abteilung pflegt zudem die Kontakte zur Arbeitsebene der zahlreichen diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik.

3. Abteilung Organisation und Finanzen

Leiterin: **Gabriele Renatus** (bis 30. September 2011),
Mignon Fuchs (seit 1. Oktober 2011)

Die Abteilung mit zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie seit 1. August 2012 einem Auszubildenden ist die zentrale Anlaufstelle für alle Serviceleistungen der Partei – sowohl für die Mitglieder als auch für das Thomas-Dehler-Haus selbst. Dies alles ist nur möglich in einer engen und bewährten Zusammenarbeit mit dem liberalen Dienstleistungsumfeld: dem Liberalen Parteiservice (LiPS), dem liberal Verlag, der Universum AG und der COMDOK.

Die organisatorische Planung und Durchführung von Bundesparteitagen, Wahlkampfveranstaltungen auf Bundes- und Landesebene, Kongressen, Sonderveranstaltungen im Thomas-Dehler-Haus und bundesweit sind Arbeitsschwerpunkte der Abteilung. Die gesamte Materialbeschaffung – vom Schreibstift bis zum Dienstwagen –, die Rechnungsprüfung und Vertragsadministration sowie die Absprachen mit dem Bundespresseamt zur Vorbereitung der Führungen von Besuchergruppen unserer 93 Abgeordneten durch das Thomas-Dehler-Haus gehören zu den internen Organisationsabläufen der Abteilung. Hinzu kommen die Erstellung von Statistiken, die Datenpflege für interne und externe Verteiler, die regelmäßige Aktualisierung verschiedener Terminkalender für die Homepage und für die Langzeitplanung von eigenen Events, die Schnittstelle zu den Versicherungen, die das Thomas-Dehler-Haus und die Mitglieder betreffen, die Abwicklung von Schadensfällen sowie die Personalstelle für das Thomas-Dehler-Haus. Die Abteilung ist verantwortlich für die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe und -bedingungen innerhalb des Thomas-Dehler-Hauses zum Zwecke der Optimierung der Effizienz. Die Abteilung arbeitet darüber

hinaus auch mit der Arbeitsgruppe Parteientwicklung (Beschluss des Bundesvorstandes vom 20. April 2012) zusammen.

Besondere Aufgaben kommen auf die Abteilung in Wahlkampfzeiten, insbesondere bei Bundestags- und Europawahlen, zu. Auch bei Landtagswahlen betreute die Abteilung im Rahmen des Zentralen Rednereinsatzes eine Vielzahl von Veranstaltungen von Mitgliedern des Präsidiums: bei der Bürgerschaftswahl Bremen, im Landtagswahlkampf Mecklenburg-Vorpommern und bei der Abgeordnetenhauswahl Berlin (alle 2011), bei den Landtagswahlkämpfen Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (alle 2012) und beim Landtagswahlkampf Niedersachsen (2013).

Die Abteilung ist kompetenter Anlaufpunkt für alle Ebenen der Partei, wenn es um organisatorische Fragen und Hilfestellungen geht. Gute Organisation im Kreis- oder Ortsverband schafft dort mehr Freiraum für die politische Arbeit in den Räten. In Produktion ist derzeit auch ein Kreisvorsitzenden-Handbuch – zusammengestellt u. a. auch mit Unterstützung der Landesverbände – zur Optimierung der Parteiarbeit vor Ort.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen sich als Vermittler zwischen Problemstellern und Problemlösern, denn häufig ist ein aktuell anstehendes Problem oder eine Frage in einer Gliederung an anderer Stelle längst gelöst. Die Abteilung kommuniziert so z. B. Vorschläge für Veranstaltungsformen und Checklisten für Veranstaltungen.

Ende 2012 fand über drei Monate hinweg eine telefonische Befragung der Mitglieder statt, um einen Abgleich bzw. eine Aktualisierung der in der zentralen Mitgliederverwaltung gespeicherten Adress- und Kommunikationsdaten zu erreichen. Damit sollte die



Die Abteilung Organisation und Finanzen zeichnet auch verantwortlich für das jährliche Neumitgliedertreffen am 1. Mai im Thomas-Dehler-Haus.

Möglichkeit verbessert werden, dass unsere Mitglieder im Bundestagswahljahr 2013 schneller mit Informationen bedient werden können.

Die Druckerei der Bundesgeschäftsstelle, die pro Jahr durchschnittlich über drei Millionen Blatt Papier bedruckt und weiter verarbeitet, wird gerne auch vom liberalen Umfeld als Dienstleister in Anspruch genommen, insbesondere für Kleinaufträge. Auch die Jungen Liberalen nehmen in Vorbereitung auf ihre Bundeskonferenz gern die Leistungen der Druckerei in Anspruch.

Die Abteilung war im Berichtszeitraum organisatorisch verantwortlich bzw. unterstützend tätig für u. a. die zwei Bundesparteitage in Frankfurt und Karlsruhe, die drei bundesweiten Regionalkonferenzen, die sechs bundesweiten Grundsatzwerkstätten zur Erarbeitung des Grundsatzprogramms, den 3. Liberalen Salon in Berlin, die zwei Dreikönigskundgebungen in Stuttgart, die zwei Aschermittwochs-Veranstaltungen in Dingolfing, den Liberalen 1. Mai mit Neumitgliedertreffen im Thomas-Dehler-Haus, die zwei VLK-Bundesdelegiertenversammlungen in Berlin und Baden-Baden, die vier Geburtstags- und Abschiedsempfänge in Berlin, die zwei Veranstaltungen „Journalistenadvent“ im Thomas-Dehler-Haus, das Referenten-Treffen von Thomas-Dehler-Haus, Bundestagsfraktion und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, das seit 2008 laufende Mentoring-Programm „Top-Nachwuchs-Talent“ und die Vorbereitung des 64. Ord. Bundesparteitages in Berlin und des außerordentlichen Bundesparteitages in Nürnberg sowie die regelmäßigen Sitzungen des Bundesvorstandes, des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführer bzw. des Beirats des Liberalen Parteiservices.

4. Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Leiter: **Wulf Oehme** (bis 31. Dezember 2012),
Peter Blechschmidt (seit 1. Januar 2013)

Die Pressestelle ist das Scharnier zwischen Partei und Medien. Ihre Aufgabe ist es, die Medien für Themen und Personal der FDP zu interessieren. Sie informiert über die Aktivitäten der Partei, hilft bei Recherchen von Journalisten und stellt Kontakte zwischen

Pressevertretern und den Repräsentanten der Partei her. Im Januar 2013 übernahm Peter Blechschmidt die Leitung der Pressestelle als Nachfolger von Wulf Oehme, der in den Ruhestand gegangen ist. Blechschmidt war zuvor mehr als 20 Jahre für die Süddeutsche Zeitung tätig, zuletzt als für die FDP zuständiger Parlamentskorrespondent.

Seit September 2012 sind Nils Droste als stellvertretender Sprecher und Sprecher des Generalsekretärs und Felix Metschan als Referent in der Pressestelle tätig. Droste, bis dahin Büroleiter des Bundestagsabgeordneten Johannes Vogel, folgte Kathrin Klawitter, die im Juli 2012 als Mitarbeiterin von Christian Lindner nach Düsseldorf ging. Ebenfalls im Juli 2012 wechselte Thomas Diener als Bereichsleiter Dialog von der Pressestelle in die Abteilung Dialog und Kampagnen. Ferner war Ralf Breitgoff von Mai bis Dezember 2011 als stellvertretender Sprecher in der Pressestelle tätig.

Hauptaufgabe der Pressestelle ist der kontinuierliche Kontakt zu den Medien durch Pressemitteilungen, Informations- und Hintergrundgespräche. Die Abteilung organisiert die Pressekonferenzen zu den Sitzungen der Gremien und vermittelt Auftritte von Mitgliedern des Präsidiums und des Bundesvorstandes in Fernsehen und Hörfunk. Sie betreut Interviews und vermittelt Gastbeiträge in Printmedien. Redaktionsbesuche sowie die mediale Begleitung von Kampagnen und Aktionen gehören zum täglichen Geschäft.

Im Berichtszeitraum veröffentlichte die Pressestelle 843 Pressemitteilungen und 314 Terminankündigungen. Sie betreute 113 TV-Auftritte, 58 Pressekonferenzen und 14 Pressestatements.

Neben der externen Kommunikation mit der Presse steht die interne Information der Partei. Die Pressestelle ist verantwortlich für die jährlich sechs regulären Ausgaben und die Sonderausgaben des Mitglieder magazins „elde“ sowie den wöchentlich in Zusammenarbeit mit der Fraktion erscheinenden Newsletter. Zudem bietet sie jede Pressekonferenz sowohl bei YouTube als auch auf der Homepage der FDP zum Ansehen an.

Der „Kieler Kreis“, ein Arbeitstreffen aller Sprecher der Landesverbände, der Fraktionen sowie der FDP-geführten Ministerien, wurde zur internen Abstimmung genutzt. Zur Intensivierung und Pflege der Kontakte zur Presse wurden traditionell die Presseabende vor den Bundesparteitagen sowie in der Vorweihnachtszeit der „Journalisten-Advent“ durchgeführt.

V. STATISTIK

1. Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum

Landesverband	31.12.2012	Männer	Frauen	Frauen in %	31.12.2011
Baden-Württemberg	6.736	5.231	1.505	22,34	7.232
Bayern	5.281	4.061	1.220	23,10	5.773
Berlin	2.850	2.169	681	23,89	3.090
Brandenburg	1.340	1.054	286	21,34	1.460
Bremen	354	276	78	22,03	374
Hamburg	1.116	902	214	19,18	1.276
Hessen	5.994	4.605	1.389	23,17	6.462
Mecklenburg-Vorpommern	842	680	162	19,24	951
Niedersachsen	5.709	4.407	1.302	22,81	6.159
Nordrhein-Westfalen	14.751	11.218	3.533	23,95	15.533
Rheinland-Pfalz	4.534	3.518	1.016	22,41	4.825
Saarland	1.360	986	374	27,50	1.632
Sachsen	2.296	1.832	464	20,21	2.453
Sachsen-Anhalt	1.524	1.176	348	22,83	1.694
Schleswig-Holstein	2.206	1.647	559	25,34	2.299
Thüringen	1.385	1.071	314	22,67	1.493
Ausland/bundesunmittelbar	397	325	72	18,14	417
Gesamt	58.675	45.158	13.517	23,04	63.123

2. Wahlergebnisse im Berichtszeitraum (Mai 2011 bis Januar 2013)

Wahl	Datum	%
BW Bremen	22.05.2011	2,4
KW Bremen (Stadt)	22.05.2011	2,3
KW Bremerhaven	22.05.2011	3,3
LTW Mecklenburg-Vorpommern	04.09.2011	2,8
KW Niedersachsen	11.09.2011	3,4
AW Berlin	18.09.2011	1,8
LTW Saarland	25.03.2012	1,2
LTW Schleswig-Holstein	06.05.2012	8,2
LTW Nordrhein-Westfalen	13.05.2012	8,6
LTW Niedersachsen	20.01.2013	9,9

3. Mandatsträger der FDP; Stichtag: 1. März 2013

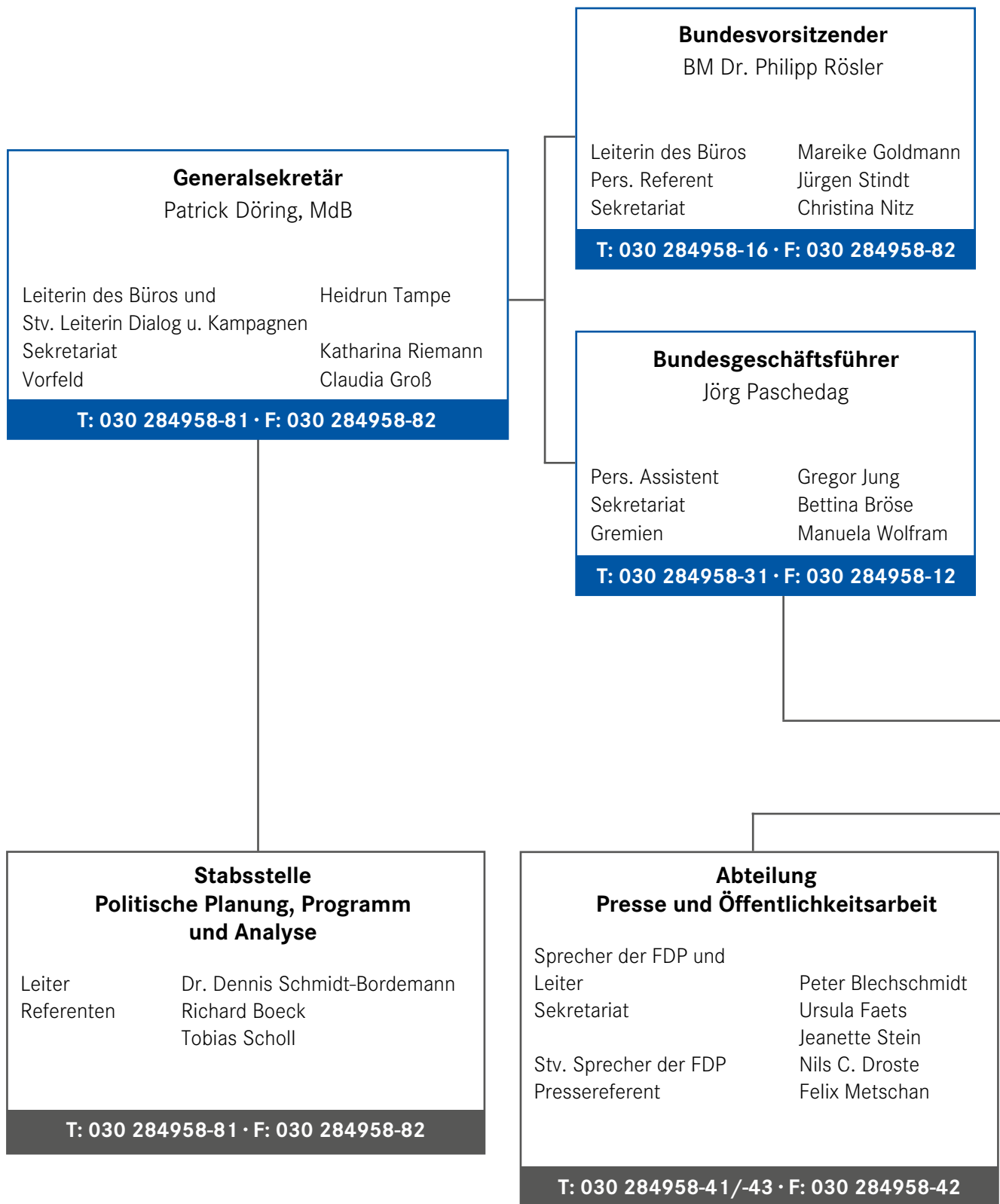
Europa		Bundestag				Bundesregierung			Landtage und Landesregierungen									
Wahl 2009 11,0 % MdEP	davon weiblich	Wahl 2009 14,6 % MdB	davon weiblich	in %	Landes- ergebnis BTW 09 in %	Minister	Staatssekretäre	davon weiblich	in %	Mandate	davon weiblich	in %	Minister in der Landes- regierung*	Staats- sekretäre in der Landes- regierung *	davon weiblich	in %	letzter Wahltag	
Bundesregierung																		
Landesverband																		
2	1	15	4	26,7	18,8	5	14	6	31,6	7	0	0,0	FDP in Opposition	FDP in Opposition	0	0,0	27.03.2011	
1	1	14	3	21,4	14,7					16	5	31,3	2	1	1	33,3	28.09.2008	
1	1	3	0	0,0	11,5					0	0	0,0	FDP nicht im Abgeordnetenhaus		0	0,0	18.09.2011	
		2	0	0,0	9,3					7	2	28,6	FDP in Opposition		2	28,6	27.09.2009	
		1	0	0,0	10,6					0	0	0,0	FDP nicht in der Bürgerschaft		0	0,0	22.05.2011	
		2	1	50,0	13,2					9	3	33,3	FDP in Opposition		3	33,3	20.02.2011	
1	0	8	1	12,5	16,6					20	1	5,0	3	4	2	28,6	18.01.2009	
		1	0	0,0	9,8					0	0	0,0	FDP nicht im Landtag		0	0,0	04.09.2011	
1	1	9	4	44,4	13,3					14	4	28,6	FDP in Opposition		4	28,6	20.01.2013	
2	0	20	7	35,0	14,9					22	4	18,2	FDP in Opposition		4	18,2	13.05.2012	
1	0	5	1	20,0	16,6					0	0	0,0	FDP nicht im Landtag		0	0,0	27.03.2011	
1	0	1	0	0,0	11,9					0	0	0,0	FDP nicht im Landtag		0	0,0	25.03.2012	
1	0	4	0	0,0	13,3					14	2	14,3	2	3	0	0,0	30.08.2009	
		2	1	50,0	10,3					0	0	0,0	FDP nicht im Landtag		0	0,0	20.03.2011	
1	1	4	2	50,0	16,3					6	1	16,7	FDP in Opposition		1	16,7	06.05.2012	
		2	0	0,0	9,8					7	1	14,3	FDP in Opposition		1	14,3	30.08.2009	
12	5 (= 41,7%)	93	24	25,8						122	23	18,9	7	8	3	20,0		

227 Abgeordnete im Europaparlament, im Bundestag und in den Landtagen

34 Minister und Staatssekretäre auf Bundes- und Landesebene

* einschl. des einen Ministers (S-H) und der drei StS (Hes, S-H), die auf Vorschlag der FDP im Kabinett sind, ohne FDP-Mitglieder zu sein

4. Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle



Thomas-Dehler-Haus
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

www.fdp.de

Telefon: 030 284958-0
 Telefax: 030 284958-22
 E-Mail: info@fdp.de

Stand: Februar 2013

Bundesschatzmeister

Otto Fricke, MdB

T: 030 284958-84 · F: 030 285179-60

Bevollmächtigter des Bundes-
schatzmeisters & Controlling

Walter Eschweiler

Beauftragter für die
Wahlkampf-Koordination

Christian Rénatus

Liberaler Parteiservice (LIPS)
Finanzdienstleistungen

Leitung: Johann Henning

Bundesschiedsgericht
Bundessatzungsausschuss

GF: Christian Graf Dohna

Liberaler Parteiservice (LIPS)
Organisationsdienstleistungen

Leitung: Frauke Sander

elde

Roland Kowalke

Datenschutzbeauftragter

Dr. Joachim Jacob

Abteilung Dialog und Kampagnen

Leiter
Sekretariat
Bereichsleiter Dialog
Referenten

Andreas Pauker
Heike Krause
Thomas Diener
Sabine Beyer
Dr. Robert Borsch
Karin Heinzl
Nina Mautner
Melanie Vötgen
Saba Farzan
Gregor Jung
Oliver Kunze
Christopher Mielke
Marilyn Repp
Pascal Tschörtner

Sachbearbeiterin
Mitmachzentrum

T: 030 284958-51 · F: 030 284958-52

Abteilung Organisation und Finanzen

Leiterin und
Stv. Bundesgeschäftsführerin
Büro

Stv. Leiter
Referentinnen

Sachbearbeiterin
Technik

Auszubildender

Mignon Fuchs
Sabine Feiertag
Ute Souayah
Gerhard Wortmann
Jana Kammer
Susann Laboga
Dana Räpricht
David Feyer
Andreas Krippel
Daniel Dombrovsky

T: 030 284958-36/-91 · F: 030 284958-32

Impressum

Verantwortlich:

FDP-Bundesgeschäftsstelle
Gregor Jung
Telefon: 030 / 28 49 58 188
Fax: 030 / 28 49 58 12
E-Mail: Gregor.Jung@fdp.de

Gesamtherstellung:

Universum Kommunikation und Medien AG
Reinhardtstraße 16 · 10117 Berlin

Satz und Druck:

altmann-druck GmbH
Mahlsdorfer Str. 12-14 · 12555 Berlin

Fotos:

Mit freundlicher Genehmigung ddp, dpa, Roland Kowalke, fotolia